

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 12, Dezember 2006

61. Jahrgang



- Konjunkturprognose Hessen 2007
- Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland
- Hessischer Zahlenspiegel
- Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie

Inhalt

Ganz kurz	302
Gesamtwirtschaft	
Konjunkturprognose Hessen 2007. Hessens Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Von <i>Dr. Frank Padberg</i>	303
Bevölkerung	
Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland. Von <i>Alexander Richter</i>	307
Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes – Auslobung	314
Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen	315
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	316
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	317
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	318
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	319
Tourismus, Verkehr	320
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	321
Verdienste	322
Buchbesprechungen	Umschlagseite 3
Allgemeines	
Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie. Von <i>Prof. Dr. Reiner Stäglich</i> und <i>Ingo Pfeiffer</i>	Anhang

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)

Copyright:

© **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2007**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,50 Euro (Doppelheft 9,00 Euro), Jahresabonnement 45,90 Euro (jew. inkl. Versandkosten)

Online: Einzelheft 2,40 Euro (Doppelheft 4,80 Euro)

Jahrgangs-CD-ROM: 32,60 Euro, (inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
x	= Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

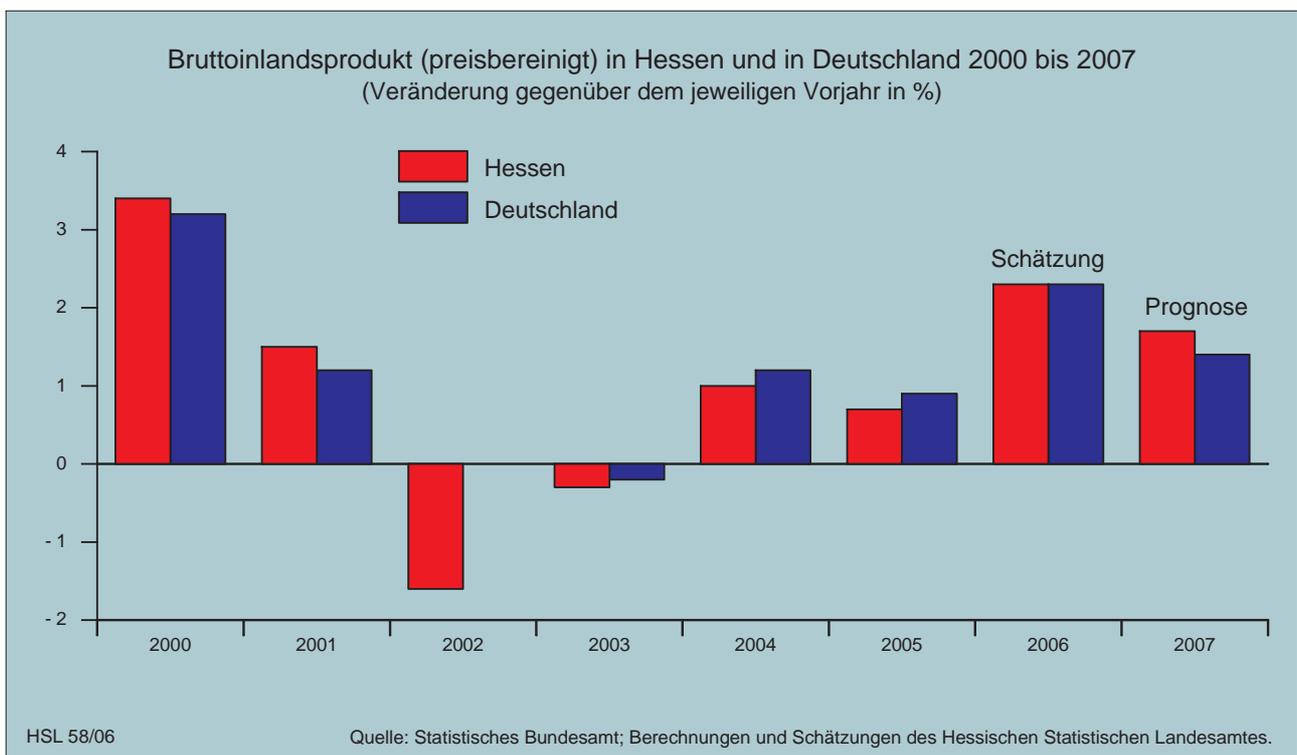
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

12 · 06

61. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Wachsende Steuereinnahmen füllen kommunale Kassen – Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer

Die Steuereinnahmen der hessischen Kommunen haben in den ersten 9 Monaten dieses Jahres einen historischen Höchststand erreicht. Insgesamt flossen 4,546 Mrd. Euro in die Kassen der 426 hessischen Gemeinden; das waren 725,8 Mill. Euro oder 19,0 % mehr als in den ersten 3 Quartalen des Vorjahres. Verursacht wurde dieser starke Zuwachs vor allem durch die um 615,8 Mill. Euro oder 30,5 % auf den Rekordwert von 2,632 Mrd. Euro angewachsenen Gewerbesteuererinnahmen. Auch der seit 2001 zu beobachtende Abwärtstrend beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde in den ersten 9 Monaten dieses Jahres gebrochen. Mit 1,179 Mrd. Euro flossen den kommunalen Kassen 91,3 Mill. Euro oder 8,4 % mehr zu als im gleichen Zeitraum des Jahres 2005. Ein leichtes Plus von 13,1 Mill. Euro oder 2,5 % war auch bei den Grundsteuern zu verbuchen, die insgesamt 543,3 Mill. Euro erbrachten. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer belief sich auf 144,7 Mill. Euro, das waren 5,9 Mill. Euro oder 4,2 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Großhandel sieht Licht am Ende des Tunnels

In den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres konnten die Großhändler (ohne Handelsvermittlung) in Hessen, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Jahres 2005, nominal ein Umsatzwachstum von annähernd 3 % verbuchen. Real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, bedeutete dies ein Plus von fast 1 %. Vor allem einer Branche gelang es, ihr Vorjahresergebnis deutlich zu übertreffen: Beim Großhandel mit nicht landwirtschaftlichen Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen (etwa Brennstoffe, Metalle, Baustoffe oder chemische Erzeugnisse) stieg der Umsatz nominal um gut 11 und real um 4,5 %. Eher stagnierend war die Lage beim Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, also den Artikeln des täglichen Bedarfs. Dort nahm der Umsatz im Vergleichszeitraum zwar nominal um fast 1 % zu, was real allerdings keine Veränderung bedeutete. Dagegen fiel das Minus mit nominal fast 3 und real gut 7 % beim Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren besonders stark aus. Etwas erholt zeigte sich der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör. Dort nahm der Umsatz nominal um fast 1 und real um gut 2 % zu. Der Beschäftigungsabbau

scheint im Vergleichszeitraum zum Stillstand gekommen zu sein: Während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um gut 2 % zunahm, blieb die Zahl der Vollbeschäftigten auf dem Stand des Vorjahres, sodass insgesamt ein Zuwachs von annähernd 1 % zu verzeichnen war.

Industrieraufträge ohne Schwung

Die hessische Industrie wartete im November 2006 vergebens auf kräftige Nachfrageimpulse. Die preisbereinigten Auftragseingänge der hessischen Industrie lagen im November um 0,6 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat nachdem es im Oktober ein Plus von 1,0 % gegeben hatte. Im November gingen die Inlandsbestellungen um 0,5 und die Aufträge aus dem Ausland um 0,6 % zurück. Belastend für die Gesamtentwicklung ist der anhaltend schwache Verlauf bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Im November gab es hier eine Auftragseinbuße von 7,8 % gegenüber dem Vorjahresmonat. An Schwung verloren hat auch die Chemische Industrie, die nur eine minimale Zunahme von 0,1 % verbuchte. Kräftige Zuwachsraten gab es dagegen bei den Herstellern von Metallerzeugnissen mit 9,1 %, bei der Elektrotechnik mit 7,0 % und beim Maschinenbau mit 6,0 %. Dank des hervorragenden ersten Quartals liegt das kumulierte Ergebnis der Monate Januar bis November 2006 über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die preisbereinigten Aufträge nahmen in dieser Periode insgesamt um 2,0 % zu. Während die Inlandsaufträge um 0,1 % zurückgingen, erhöhten sich die Auslandsaufträge um 4,3 %. Die kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge haben im November 2006 gegenüber dem Vormonat Oktober leicht um 0,2 % zugenommen.

Hessische Häfen warten auf Fracht

In der Binnenschifffahrt hat die umgeschlagene Gütermenge in den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres weiter abgenommen. In den hiesigen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden insgesamt 9,6 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, gut 3 % weniger als von Januar bis Oktober 2005. Dabei verringerte sich das Volumen des Versands von Gütern um fast 12 % auf 1,9 Mill. t; das Volumen des Empfangs ging um knapp 1 % auf 7,6 Mill. t zurück. Unter den wichtigsten Massengütern blieb der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen mit 3,3 Mill. t auf dem Stand von 2005. Der Umschlag von Steinen und Erden (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) ging hingegen um fast 11 % auf 2,2 Mill. t zurück. Bei festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) gab es dagegen ein Plus von knapp 11 %: Von dieser Gütergruppe wurden von Januar bis Oktober 2006 insgesamt 1,2 Mill. t umgeschlagen.

Konjunkturprognose Hessen 2007

Hessens Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs

Im folgenden Beitrag werden die Hauptergebnisse der Studie „Konjunkturprognose Hessen 2007“ in kompakter Form dargestellt. Nach Einschätzung der vom Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) in Zusammenarbeit mit der IHK Arbeitsgemeinschaft Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Handwerkskammern erstellten Konjunkturprognose wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sowohl in Hessen als auch in Deutschland im **Jahr 2006** voraussichtlich um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr wachsen. Im **Jahr 2007** dürfte es um weitere 1,7 % (Deutschland: + 1,4 %) steigen und Hessen damit erstmals seit dem Jahr 2001 wieder einen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland erzielen. Getragen wird diese Entwicklung von einer deutlich belebten Industriekonjunktur bei gleichzeitigem Anziehen wertschöpfungsstarker Dienstleistungsbereiche. Die Studie „Konjunkturprognose Hessen 2007“ kann zum Preis von 10,00 Euro vom Hessischen Statistischen Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, bezogen werden. Informationen zu diesem Thema finden Sie auch im Internet unter www.statistik-hessen.de. Dort steht die Veröffentlichung – zum Preis von 8,00 Euro – auch als Online-Publikation zur Verfügung.

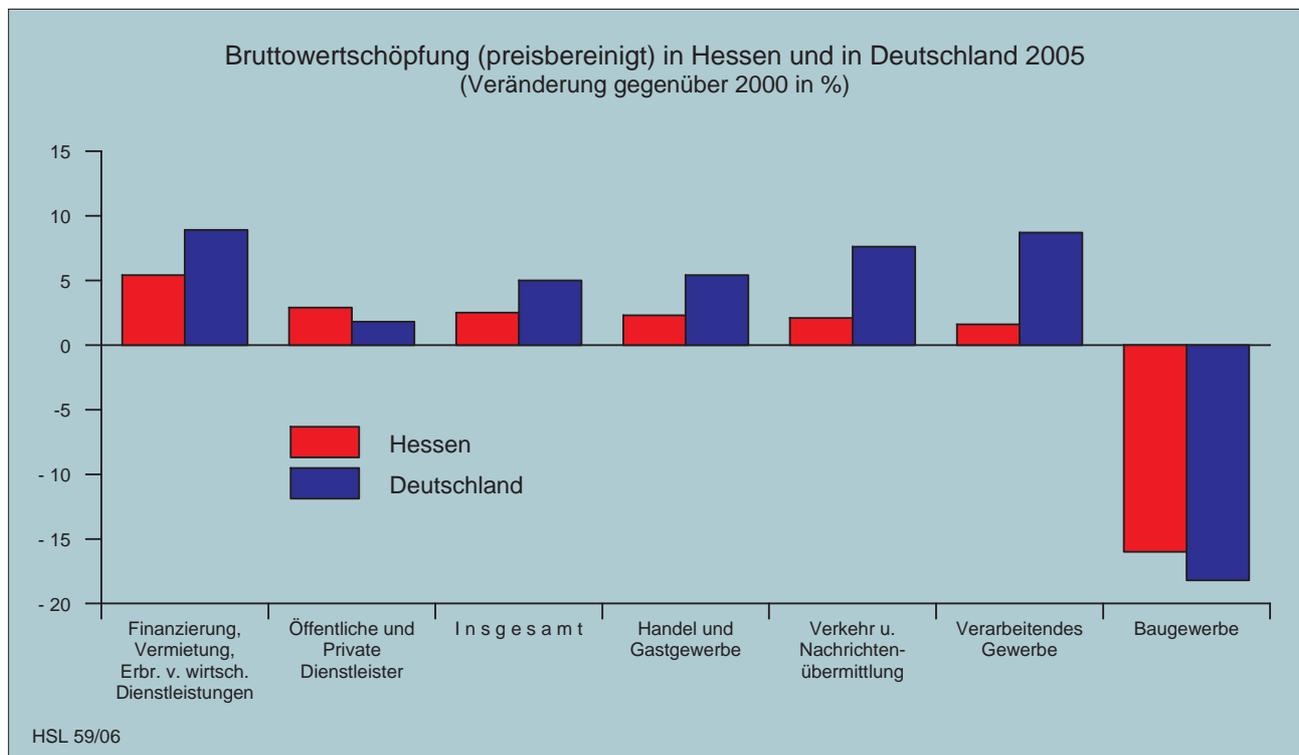
Konjunkturelle Entwicklung in Hessen 2000 bis 2005

Mit einem Wachstum um 2,5 % im Zeitraum der Jahre 2000 bis 2005 nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Hessen nur halb so stark zu wie in Deutschland (+ 5,0 %). Mit Ausnahme der Jahre 2000 und 2001 entwickelte sich die hessische Wirtschaft durchweg schlechter als im Bund. Besonders negativ verlief die Konjunktur in den Jahren 2002 und 2003, in denen die Wirtschaftsleistung um 1,6 bzw. 0,3 % schrumpfte (siehe auch Schaubild auf Seite 301).

Ursache hierfür war vor allem ein deutlicher Wachstumseinbruch in den vormals wertschöpfungsstarken

Dienstleistungsbereichen. Oberhalb der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate in Hessen im Beobachtungszeitraum von 2,5 % – gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung – bewegten sich im Vergleichszeitraum allein die Bereiche „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ mit einem Plus von 5,4 % (Deutschland: + 8,9 %) und „Öffentliche und Private Dienstleister“ mit 2,9 % (Deutschland: + 1,8 %).

Zu einer aufwärtsgerichteten, aber hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik Hessens **zurückbleibenden Entwicklung** kam es im Bereich „Handel und Gastge-



werbe". Dort wuchs die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im entsprechenden Zeitraum um 2,3 % (Deutschland: + 5,4 %). Geringe konjunkturelle Impulse gingen zudem vom Wirtschaftsabschnitt „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ aus, in welchem die Wirtschaftsleistung im Vergleichszeitraum um 2,1 % und in Deutschland um 7,6 % zulegen. Nochmals geringer wuchs die Wertschöpfung mit 1,6 % im hessischen Verarbeitenden Gewerbe (Deutschland + 8,7 %).

Wachstumshemmende Impulse gingen dagegen von der hessischen Bauwirtschaft aus, deren Wertschöpfung im Vergleichszeitraum um 16 % zurückging. Damit verlief die Entwicklung in Hessen jedoch nicht ganz so rezessiv wie in Deutschland, wo sie von 2000 bis 2005 um 18,2 % abnahm.

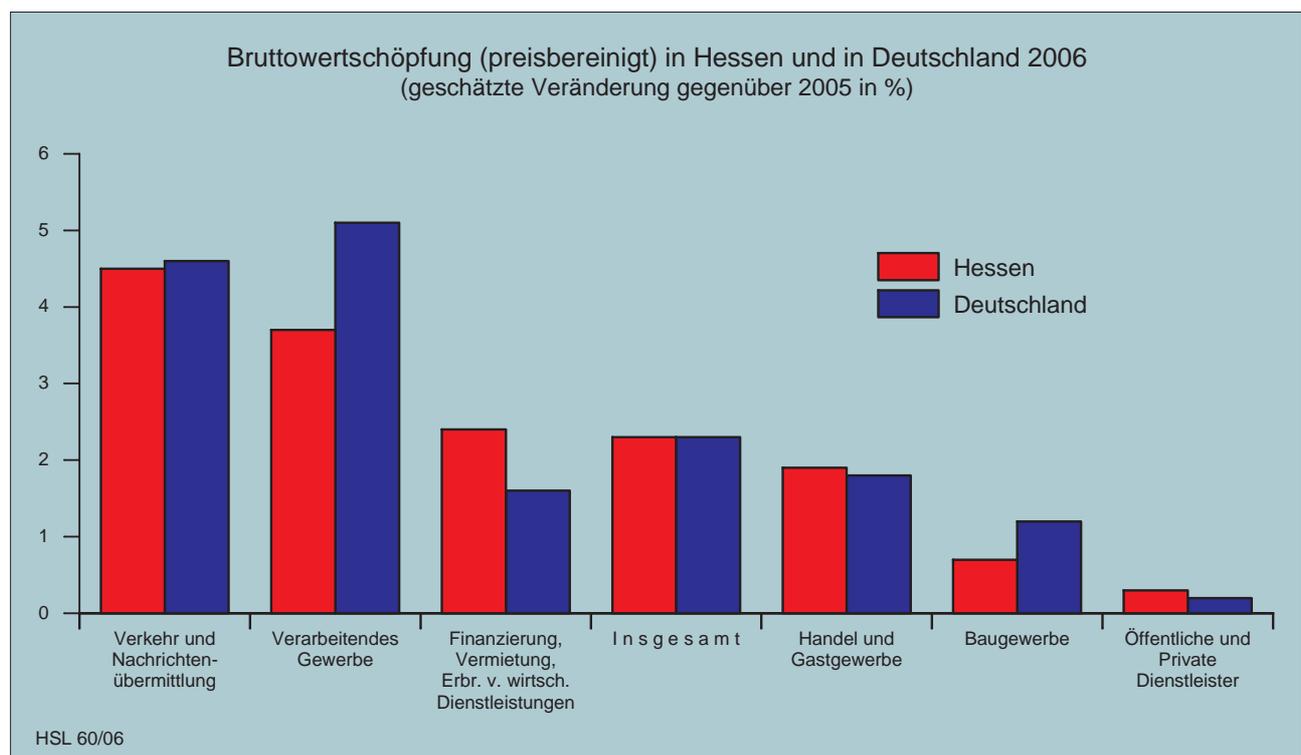
Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2006

Die Konjunktur in Hessen zeigt sich 2006 in guter Verfassung. Der Aufschwung hat beträchtlich an Breite gewonnen und lastet nicht mehr allein auf wenigen wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbereichen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg im 1. Halbjahr 2006 um 2,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, womit Hessen unter den deutschen

Flächenstaaten auf den 5. Platz vorrücken konnte¹⁾. Vor allem der Export, der im Gefolge des Aufschwungs der Weltwirtschaft bereits seit Mitte 2003 anstieg, trug mit zur Expansion der hessischen Industrieproduktion und Wertschöpfung bei. Das hessische Verarbeitende Gewerbe legte mit einer Rate von 3,4 % vergleichsweise kräftig zu, wobei es dem Industriewachstum in Deutschland (1. Halbjahr 2006: + 5,0 %) nicht ganz folgen konnte. Parallel hierzu stabilisierten eine wieder günstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie Vorzieheffekte im Kontext der Mehrwertsteueranhebung zu Beginn des Jahres 2007 die Binnennachfrage.

Auch auf das ganze **Jahr 2006** gesehen dürfte die konjunkturelle Belebung anhalten. Insbesondere der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und das Verarbeitende Gewerbe werden mit einem Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung von voraussichtlich 4,5 % (+ 556 Mill. Euro) bzw. 3,7 % (+ 1,3 Mrd. Euro) deutlich gegenüber dem Vorjahr zulegen. Steigen wird die Wirtschaftsleistung auch in den Bereichen „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (+ 2,4 %) und „Handel und Gastgewerbe“ (+ 1,9 %). Auch im Baugewerbe hat die seit vielen Jahren anhaltende Rezession ein Ende gefunden. So dürfte der Bereich im Jahr 2006 erstmals wieder leicht um 0,7 % (+ 42 Mill. Euro) wachsen. Auf Grund der anhaltenden Konsolidierung im staatlichen Bereich wird die Wirtschaftsleistung der Öffentlichen und Privaten Dienstleister mit einem Plus von 0,3 % (+ 101 Mill. Euro) schwach zulegen.

1) Jedoch stehen für einen großen Teil der Bereiche – gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung sind dies über 60 % – nur wenige zeitnahe Informationen zur Verfügung. Die fehlenden Beiträge wurden für die gesamtwirtschaftliche Berechnung geschätzt. Bei einigen Dienstleistungen wurde unterstellt, dass das Wachstumstempo unverändert geblieben ist.

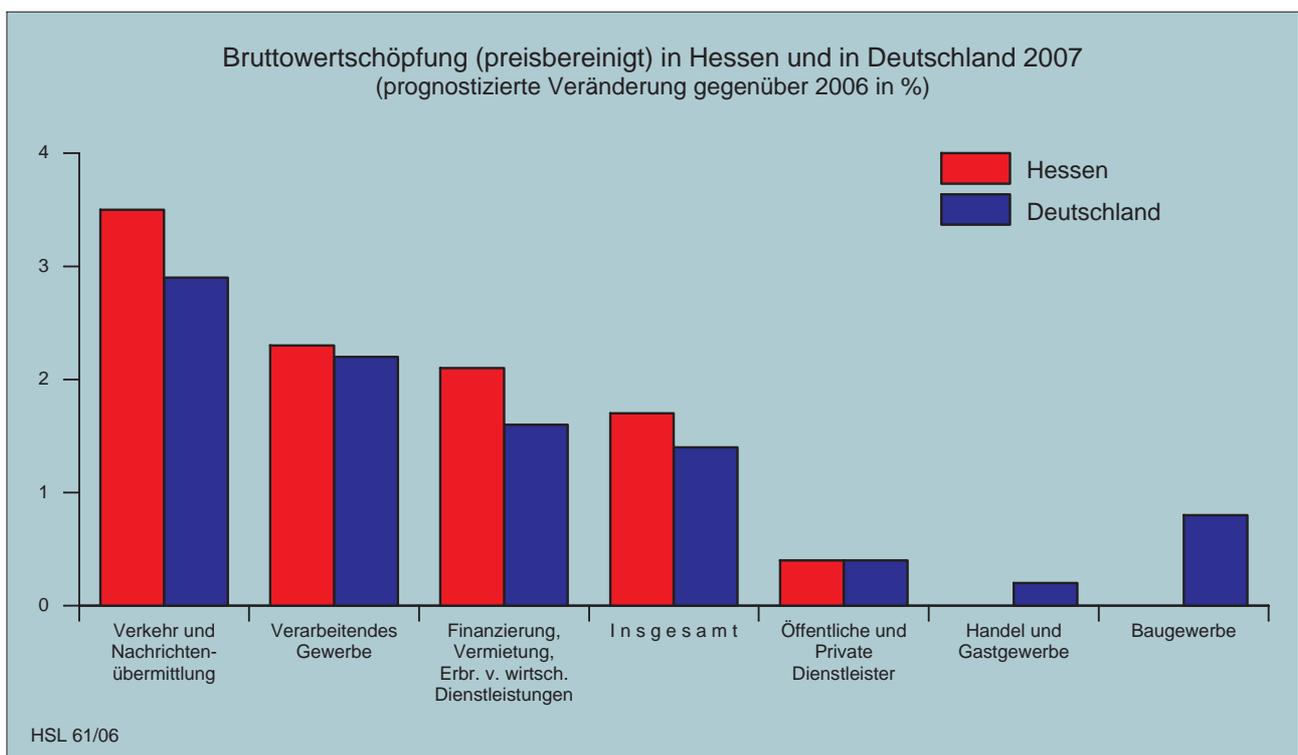


Im Vergleich zu Deutschland dürfte der Bereich „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ im Jahr 2006 einen Wachstumsvorsprung von 0,8 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erzielen. Im Handel und Gastgewerbe sowie bei den Öffentlichen und Privaten Dienstleistern fiel der Vorsprung mit jeweils 0,1 Prozentpunkten knapp aus. Schwächer als in Deutschland werden sich dagegen vor allem das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe entwickeln, deren Wachstum um geschätzte 1,4 Prozentpunkte bzw 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird als in Deutschland. Leicht unter dem Niveau Deutschlands dürfte zudem die Entwicklung im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ in Hessen verlaufen, dessen Wirtschaftsleistung voraussichtlich um 0,1 Prozentpunkte hinter dem Wachstum dieser Branche in Deutschland zurückbleiben wird.

Parallel zur konjunkturellen Entwicklung hat sich auch die Stimmung in der hessischen Wirtschaft deutlich verbessert. Laut **Konjunkturumfrage der hessischen Industrie- und Handelskammern** für das dritte Quartal 2006, bei der über 2500 Mitgliedsfirmen befragt wurden, stieg der Geschäftsklimaindex auf 116 von 200 möglichen Punkten. Gegenüber dem Vorjahresquartal kletterte der Index damit um 15 Punkte. In ausgezeichneter Verfassung zeigte sich die **derzeitige Geschäftslage**. So stieg der Anteil der Unternehmen, die ihre momentane Lage positiv beurteilten, gegenüber dem Vorjahresquartal um 13 Prozentpunkte auf 36 %. Der Anteil der Unternehmen mit schlechter Stimmung reduzierte sich

im gleichen Zeitraum von 22 auf 13 %. Etwa die Hälfte der hessischen Unternehmen beurteilten ihre derzeitige Geschäftslage als befriedigend. Günstiger als im Vorjahresquartal fielen auch die Zukunftserwartungen aus. Während 56 % aller befragten Unternehmen im 3. Quartal 2006 (3. Quartal 2005: 57 %) von einer vergleichbaren **zukünftigen Geschäftslage** ausgingen, erhöhte sich der Anteil der Unternehmen mit positiven Erwartungen um 4 Prozentpunkte. Ungünstiger schätzten ihre zukünftige Geschäftslage nur noch 18 % ein, nach 21 % im Vorjahresquartal. Weiter verbessert haben sich zudem die geplanten **Investitionsabsichten**. Gegenüber dem 3. Quartal 2005 (18 %) gaben in der Herbstbefragung 2006 24 % der Unternehmen an, ihre Investitionen aufzustocken, 19 % werden dagegen ihre Investitionen zurücknehmen (3. Quartal 2005: 25 %).

Auch die Stimmung der über 60 000 Betriebe im **hessischen Handwerk** hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgehellt. Im 3. Quartal 2006 konnte sich der Geschäftsklimaindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert um 14 auf 76 Punkte stark verbessern. Im Jahresdurchschnitt 2005 hatte der Index bei 56 Punkten gelegen. Laut Befragung der Arbeitsgemeinschaft hessischer Handwerkskammern beurteilten die Betriebe vor allem ihre **aktuelle Geschäftslage** wieder günstiger als im Vergleichszeitraum 2005. Im 3. Quartal 2006 schätzten 76 % ihre derzeitige Lage als gut bzw. befriedigend ein, gegenüber 62 % im Vorjahresquartal und 57 % im Jahr 2004. Der Anteil der Betriebe, die ihre Geschäftslage schlecht bewerteten (3. Quartal 2006: 25 %, 3. Quar-



tal 2005: 38 %) hat dagegen spürbar abgenommen. Überaus positiv fielen die **Erwartungen** des hessischen Handwerks für das kommende Winterquartal aus. 76 % rechneten für das verbleibende Jahr 2006 mit einer guten bzw. mindestens befriedigenden Geschäftslage (2005: 61 %, 2004: 56 %), gleichzeitig erwarteten nur 24 % (Vorjahr: 39 %) eine schlechte Geschäftslage.

Alles in allem gewinnt die Konjunktur in Hessen im Jahr 2006 deutlich an Fahrt. Mit Blick auf die bisherige Entwicklung ist für das **Jahr 2006** mit einer Wachstumsrate des preisbereinigten **Bruttoinlandsprodukts** in Hessen von **2,3 %** zu rechnen (Deutschland: + 2,3 %).

Konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2007

Auf Grund der nachlassenden außen- und binnenwirtschaftlichen Impulse dürfte die hessische Wirtschaft im Jahr 2007 etwas an Dynamik einbüßen. Mit Steigerungen um 1,5 % (Deutschland: + 1,1 %) im Dienstleistungsbereich und um 2,5 % (Deutschland: + 2,3 %) im Produzierenden Gewerbe erhält die konjunkturelle Entwicklung aber auch weiterhin Unterstützung aus beiden Sektoren, wobei die nachlassende Wachstumsstärke im Verarbeitenden Gewerbe – u. a. bedingt durch einen geringeren Anteil an der Gesamtwirtschaft – in Deutschland ausgeprägter verlaufen sollte als in Hessen. Deshalb wird die Wirtschaftsleistung in Hessen im **Jahr**

2007 mit **1,7 %** voraussichtlich erstmals seit 2002 wieder stärker als in Deutschland (+ 1,4 %) zulegen.

Mit einer Steigerung von 3,5 % (+ 452 Mill. Euro) gegenüber dem Vorjahr dürfte sich dabei der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ wieder an die Spitze dieser Entwicklung setzen. Ein nach wie vor überdurchschnittliches Wachstum wird zudem für die Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Finanzierung, Vermietung, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen“ prognostiziert, die mit 2,3 % (+ 825 Mill. Euro) bzw. mit 2,1 % (+ 1,4 Mrd. Euro) voraussichtlich ebenfalls deutlich zulegen werden. Unterdurchschnittlich dürfte mit einem Wachstum um 0,4 % die Entwicklung im Bereich „Öffentliche und Private Dienstleister“ sein. Für den Handel und das Gastgewerbe sowie das Baugewerbe ist dagegen für 2007 von einer Stagnation auszugehen.

Vorteilhafter als in Deutschland sollte sich im Jahr 2007 vor allem der Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ entwickeln, der voraussichtlich mit einem Plus von 3,5 % einen Wachstumsvorsprung von 0,6 Prozentpunkten gegenüber dem Bund erreichen wird. Dagegen dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Handel und Gastgewerbe sowie im Baugewerbe in Hessen schätzungsweise um 0,2 bzw. 0,8 Prozentpunkte hinter die jeweilige Entwicklung in Deutschland zurückfallen.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte



STATISTIKHESSEN

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch elektronisch lieferbar (Online über Internet unter www.statistik-hessen.de).

Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

W_107

Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland

Die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter erleichtern wissenschaftlichen Einrichtungen den Zugang zu faktisch anonymen Einzeldaten aus nahezu allen Bereichen der amtlichen Statistik. Vor diesem Hintergrund beschreibt der folgende Beitrag Entstehung und Inhalte von amtlichen Mikrodaten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung. Für Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle werden dabei ausgewählte Merkmale näher betrachtet, wodurch ein erster Eindruck von den Analysemöglichkeiten vermittelt wird.

Hintergrund der amtlichen Bevölkerungsstatistiken

Für politische, ökonomische oder gesellschaftliche Fragestellungen sind Kenntnisse über die aktuelle Zahl und die Zusammensetzung einer Bevölkerung maßgeblich. Die hierfür notwendigen Informationen lassen sich mit Volkszählungen gewinnen, die jedoch aufwändig und kostspielig sind. Die Durchführung ist somit nur in größeren Zeitabständen möglich. Die letzte Volkszählung fand in den alten Bundesländern 1987 und in den neuen Bundesländern 1981 statt. Ein nächster, dann allerdings registergestützter Zensus, ist in Deutschland für 2010/1 geplant¹⁾. Durch stetig ablaufende demografische Prozesse verändern sich Zahl und Zusammensetzung einer Bevölkerung zwischen zwei Volkszählungen nachhaltig. Eine regelmäßige Fortschreibung des bei einem Zensus ermittelten Bevölkerungsbestandes ist somit notwendig.

Die Bevölkerungsbewegung ist durch Zu- und Fortzüge (räumliche Bevölkerungsbewegungen) sowie durch „natürliche“ Größen wie Geburten oder Sterbefälle gekennzeichnet. Der Begriff „natürliche Bevölkerungsbewegung“ umfasst in der amtlichen Statistik neben den Erhebungen zu Geburten und Sterbefällen auch die Statistik der Eheschließungen. Während Geburten und Sterbefälle die Bevölkerungszahl sowie die demografi-

sche Zusammensetzung einer Population unmittelbar beeinflussen, zeigt sich bei den Eheschließungen auf den ersten Blick kein direkter Zusammenhang zur natürlichen Bevölkerungsbewegung.

Das 1957 verabschiedete und zuletzt 2002 überarbeitete Bevölkerungsstatistikgesetz legt fest, dass die Fortschreibung der Bestandszahlen mit dem Ziel geschieht, die Bevölkerung auf der Basis der jeweils letzten Volkszählungsergebnisse insgesamt, aber auch getrennt nach Geschlecht, Alter und Familienstand fortzuschreiben²⁾. Da mit jeder Eheschließung eine Änderung des Personenstandes verbunden ist, bildet die Statistik der Eheschließungen hinsichtlich des Familienstandes eine der Grundlagen für die Bevölkerungsfortschreibung. Dies gilt auch für Ehescheidungen³⁾.

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ist aber nur ein Grund für die Durchführung der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Darüber hinaus enthalten die Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung grundlegende Informationen über demografische Zusammenhänge in Deutschland. Die Statistik der Sterbefälle kann als Grundlage für die Beurteilung gesundheitspolitischer Zusammenhänge, die Darstellung der Mortalitätsentwicklung und für die Berechnung altersspezifischer Lebenserwartungen dienen. Mit der Statistik der Geburten lassen sich unter anderem Aussagen zum Umfang der Fertilität in der Bundesrepublik treffen. Basierend auf Ergebnissen aus der Statistik der Eheschließungen können Aussagen zum Heiratsverhalten in Deutschland getroffen werden. Diese Statistik gibt zusätzlich auch Hinweise auf die Bereitschaft zur Familiengründung in unserer Gesellschaft.

Datenerhebung und -aufbereitung

In den Standesämtern erfolgt mit der Meldung von Sterbefällen, Geburten und Eheschließungen auch die Erfassung von Informationen, die für die Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung von Bedeutung sind. Diese Informationen werden von den zuständigen Standesämtern⁴⁾ mindestens einmal im Monat in elektroni-

*) Alexander Richter, Diplom-Demograf, ist im Referat Zensus, Forschungsdatenzentrum (FDZ), für das FDZ zuständig. Der vorliegende Beitrag ist im Statistischen Monatsheft Rheinland-Pfalz, Heft Juli 2006, erschienen und wird mit freundlicher Genehmigung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hier im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Ausführlichere Informationen zu Volkszählungen und zum registergestützten Zensus finden sich bei Kollmar, H.: Stichwort: Volkszählung – Registergestützter Zensus, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2006, S. 28 ff.

2) Vgl. Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4.7.1957 i. d. F. vom 14.3.1980 (BGBl. I 1980 S.308) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes und anderer Gesetze vom 25.3.2002 (BGBl. I 2002 S.1186).

3) Da die Erhebung der Daten für diese Statistik deutlich von der Vorgehensweise bei den 3 anderen Statistiken abweicht, wird in diesem Aufsatz nicht näher auf Einzeldaten zu Ehescheidungen eingegangen.

4) Zuständig ist das Standesamt, in dessen Standesamtsbezirk die Geburt erfolgte oder ein Sterbefall eintrat bzw. ein Verstorbener aufgefunden wurde.

scher Form oder mittels Erhebungsbogen an die Statistischen Landesämter weitergeleitet.

Bei Sterbefällen werden der amtlichen Statistik darüber hinaus von den zuständigen Gesundheitsämtern die Leichenschauscheine mit den Angaben über die Todesursache zur Verfügung gestellt⁵⁾.

Bei der Datenaufbereitung in den statistischen Landesämtern wird für jede einzelne Eheschließung, jede Geburt und jeden Sterbefall, soweit die Daten nicht bereits elektronisch übermittelt wurden, ein Datensatz erstellt. Für diese Mikrodatensätze erfolgt im Rahmen der Datenaufbereitung eine Prüfung auf Plausibilität.

Bei einigen dieser Einzeldatensätze findet ein so genannter „Datenaustausch“ mit anderen statistischen Landesämtern statt. Hintergrund ist wieder die Bevölkerungsfortschreibung, die für jede einzelne Gemeinde eines Bundeslandes durchgeführt wird.

Um Doppelzählungen zu vermeiden, zählt zur Bevölkerung eines Gebietes, wer in diesem mit Hauptwohnsitz gemeldet ist. Verstirbt beispielsweise ein 80-jähriger Mainzer in Schwerin, ist für die Erfassung des Sterbefalles das Standesamt in Schwerin zuständig. Dieses übermittelt alle notwendigen Informationen über den Sterbefall an das Statistische Amt in Mecklenburg-Vorpommern. Für die Bevölkerungsfortschreibung wäre es aber verhängnisvoll, wenn nicht in Mainz, sondern in Schwerin ein 80-Jähriger von der Bevölkerungszahl abgezogen würde. Für die Fortschreibungsbestände der beiden Länder hätte dies zur Folge, dass ein Rheinland-Pfälzer zu viel und ein Mecklenburger zu wenig ausgewiesen würden.

Während bei Sterbefällen ein Austausch auf der Grundlage des Hauptwohnsitzes eines Verstorbenen erfolgt, sind bei den Geburten der Hauptwohnsitz der Mutter und bei den Eheschließungen die Wohngemeinden beider Eheschließender für eine Zuordnung relevant. Die Gemeinde des Hauptwohnsitzes stellt somit für die Datenaufbereitung ein wichtiges Merkmal in den Einzeldatensätzen dar. Soweit die Anonymität der Betroffenen gewahrt bleibt, lassen sich bei einer wissenschaftlichen Auswertung der Mikrodaten, mit Hilfe dieses Merkmals, Ergebnisse bis auf Gemeindeebene erzielen.

Datenqualität

Für alle drei Statistiken gilt bundesweit eine einheitliche Rechtsgrundlage, die Inhalt und Umfang der in den Standesämtern zu erfassenden Merkmale festlegt. Die

5) Von den Eintragungen im Leichenschauschein wird in den statistischen Landesämtern gemäß den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Kausalkette vom unmittelbar zum Tode führenden Leiden bis zum Grundleiden zurückverfolgt. Als Todesursache wird das Grundleiden nachgewiesen.

Aufbereitung erfolgt in allen statistischen Landesämtern nach dem gleichen Verfahren. Diese Maßnahmen garantieren eine hohe Datenqualität und die bundesweite Vergleichbarkeit der Einzeldatensätze aller 16 Bundesländer.

Die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung sind Vollerhebungen. Es werden hierbei alle Geburten und Sterbefälle der Bevölkerung Deutschlands erfasst, soweit sich diese im jeweiligen Berichtszeitraum auch in der Bundesrepublik ereignet haben. Demgegenüber werden Fälle, in denen sich eine Geburt oder ein Sterbefall im Ausland ereignete, in der Regel nicht erfasst. Ist die Mutter beziehungsweise der Verstorbene kein Mitglied der Wohnbevölkerung Deutschlands, erfolgt ebenfalls keine Berücksichtigung durch die amtliche Statistik. Hierzu können neben allen, die keinen Hauptwohnsitz in Deutschland haben, wie ausländische Touristen, auch Personen zählen, die konsularischen Vertretungen oder fremden Streitkräften im Bundesgebiet angehören.

In der Statistik der Eheschließungen werden alle Ehen erfasst, die im Berichtszeitraum vor einem deutschen Standesbeamten geschlossen wurden. Eine Ausnahme gilt hierbei für Ehen, bei denen beide Ehegatten Mitglieder von im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften sind. Diese werden, genauso wie im Ausland geschlossene Ehen von deutschen Staatsangehörigen, durch die Statistik nicht erfasst.

Die Tatsache, dass Sterbefälle, Geburten und Eheschließungen, die sich im Ausland ereignet haben, nicht in die amtliche Statistik eingehen, kann dazu führen, dass die natürliche Bevölkerungsbewegung untererfasst wird. Auf die Qualität von Ergebnissen aus statistischen Analysen, die mit Einzeldaten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung durchgeführt werden, dürfte diese Untererfassung auf Grund der sehr geringen Fallzahlen wohl kaum Auswirkungen haben.

Inhalte der 3 Statistiken

Die in den Statistischen Landesämtern erstellten Einzeldatensätze zu Sterbefällen, Geburten und Eheschließungen bieten für Fragestellungen, die im Zusammenhang mit demografischen Aspekten stehen, eine Vielzahl von Auswertungsmöglichkeiten.

Die Statistik der Sterbefälle enthält beispielsweise neben der Todesursache, dem Datum des Sterbefalles sowie Geschlecht und Alter des Verstorbenen auch Angaben zu Staatsangehörigkeit, Religion oder Familienstand. In Fällen, in denen der Verstorbene verheiratet war, finden sich in dieser Statistik zusätzlich Hinweise zum Alter des überlebenden Ehegatten. Bei Säuglingssterbefällen (Sterbefälle innerhalb der ersten 52 Le-

benswochen) stehen Informationen zu Geburtsgewicht, Körperlänge oder Säuglingsalter zur Verfügung.

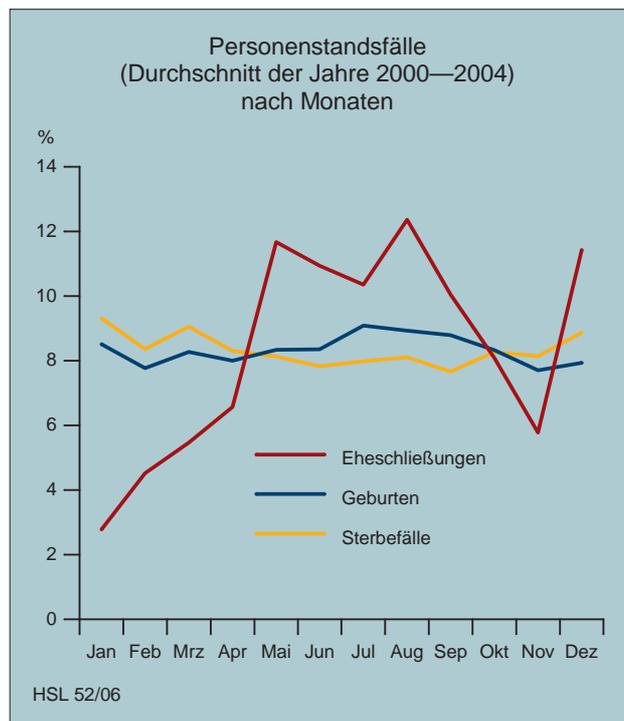
Die Einzeldaten der Geburtenstatistik geben Auskunft über Merkmale wie Geburtsdatum, Geschlecht, Körperlänge oder Geburtsgewicht des Kindes. Weiterhin finden sich in dieser Statistik auch Angaben zur Staatsangehörigkeit des Neugeborenen und detaillierte Informationen zu Mehrlingsgeburten. Zusätzlich enthält die Geburtenstatistik Merkmale, die Alter, Religion und Staatsangehörigkeit der Eltern beschreiben. Für Geburten innerhalb bestehender Ehen sind darüber hinaus Informationen über vorangegangene Geburten verfügbar. Für Geburten, bei denen die Eltern nicht miteinander verheiratet sind, ist die Angabe von Merkmalen zum Vater freiwillig. Hier liegen entsprechende Informationen somit nicht in allen Fällen vor.

In der Statistik der Eheschließungen sind neben den Geburtsdaten, den bisherigen Familienständen und Angaben zu gemeinsamen Kindern auch Informationen zum Zeitpunkt der Eheschließung oder zu den Staatsangehörigkeiten und Religionen beider Ehegatten enthalten.

Neben dem Ereignisdatum (Sterbedatum, Geburtsdatum des Kindes bzw. Datum der Eheschließung) stellt das Geburtsdatum (z. B. des Verstorbenen, der Mutter oder der Eheschließenden) ein weiteres wichtiges Merkmal in den Einzeldatensätzen der Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung dar. Aus beiden Merkmalen wird bei der Datenaufbereitung das Alter zum Zeitpunkt des jeweiligen Ereignisses berechnet.

Auswertungsbeispiel: Die saisonale Verteilung der Sterbefälle, Geburten und Eheschließungen

Im Folgenden sollen einige ausgewählte Merkmale und Merkmalskombinationen näher betrachtet werden. In einem ersten Schritt wird der Frage nachgegangen, ob sich für den Erhebungszeitraum 2000 bis 2004 anhand des Sterbe-, Geburten- und Eheschließungsmonats saisonale Schwankungen für die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland nachweisen lassen. Hierfür wurden die Anteile ermittelt, mit denen sich die Personenstandsfälle auf die jeweiligen Monate verteilen. Um eventuelle Zufallsschwankungen zu glätten, sind die Anteile nicht für alle 5 Jahre getrennt berechnet worden, sondern es wurden die durchschnittlichen monatlichen Häufigkeiten im Beobachtungszeitraum zu Grunde gelegt. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die



unterschiedliche Anzahl von Tagen für die monatsweise Betrachtung keine weitere Berücksichtigung fand.

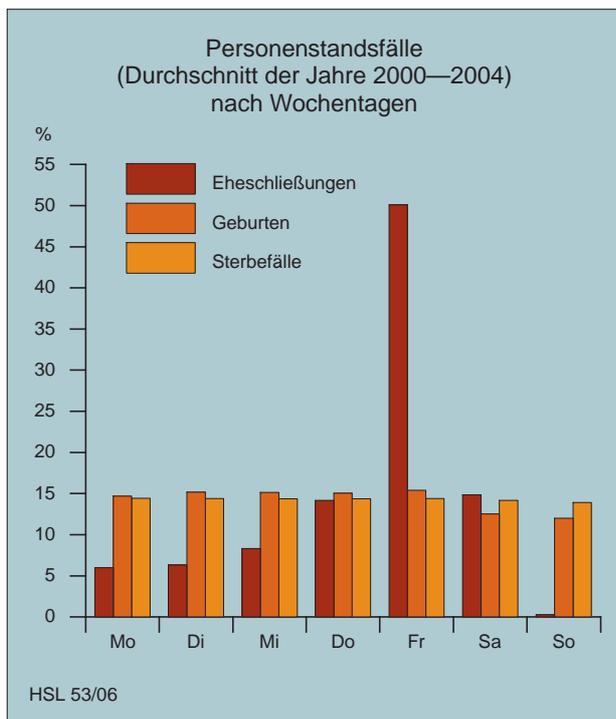
Schaubild 1 zeigt, dass bei den Sterbefällen die Anteile in den warmen Monaten Juni bis September etwas geringer ausfallen als im weiteren Verlauf des Jahres. Demgegenüber sind die Werte in den eher kalten Herbst- und Wintermonaten am höchsten. Bei den Geburten zeigen sich hingegen in den Sommermonaten höhere Anteile. Mit durchschnittlich jeweils rund 9 % weisen die Monate Juli bis September die höchsten Werte auf.

Besonders deutlich fallen saisonale Unterschiede bei den Eheschließungen aus. Im Zeitraum 2000 bis 2004 wurden von Mai bis September durchschnittlich rund 55 % aller Ehen geschlossen. Mit Ausnahme des Monats Dezember scheinen kältere Monate für eine Eheschließung dagegen weniger favorisiert zu werden.

Im September letzten Jahres sorgte eine Untersuchung des Biologen Alexander Lerchl mit Daten der Geburtenstatistik aus Nordrhein-Westfalen für Aufsehen. Der Bremer Professor kam zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Sonntagskinder seit Jahren rückläufig ist. Lerchl begründet dies mit höheren Kosten bei Wochenendgeburten. Da immer mehr Geburtstermine durch Medikamente oder Kaiserschnitte beeinflusst werden können, sinkt die Zahl „spontaner“ Geburten⁶⁾.

Mit den Einzeldaten aus der Geburtenstatistik kann die oben genannte Untersuchung auch für das gesamte Bundesgebiet bestätigt werden. Sonntagskinder sind mit einem Anteil von rund 12 % um etwa 3 Prozentpunk-

6) Vgl. Lerchl, A.: Where are the Sunday babies? Observations on a market decline in weekend births in Germany, in: *Naturwissenschaften* 92, 592; 2005.



te geringer vertreten als Kinder, die an Werktagen geboren wurden⁷⁾.

Für den durchschnittlichen Anteil der Sterbefälle aus den Jahren 2000 bis 2004 zeigt sich nahezu eine Gleichverteilung über die einzelnen Wochentage.

Besonders auffällig ist die Häufung von Eheschließungen an Freitagen. Im Durchschnitt wurden in den Jahren 2000 bis 2004 rund 50 % aller Ehen kurz vor Beginn des Wochenendes geschlossen. Dass demgegenüber dem Sonntag fast keine Bedeutung zukommt, ist mit Blick auf die Dienstzeiten der Standesämter nachvollziehbar. Die durchschnittlich 980 Ehen, die an einem Sonntag geschlossen wurden, haben einen Anteil von nur 0,25 % und dürften in erster Linie mit Ausnahmeregelungen zu begründen sein.

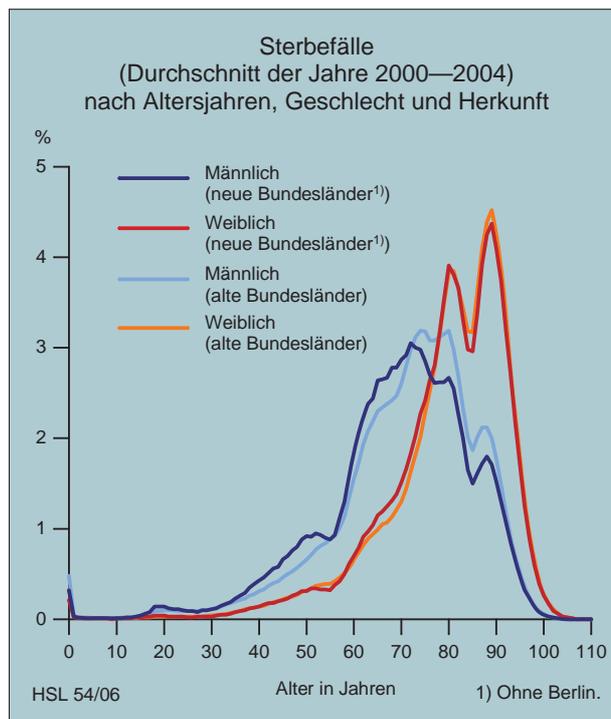
Auswertungsmöglichkeit: Sterbefälle in Abhängigkeit von Geschlecht und Alter

Bei den Sterbefällen dienen die Häufigkeiten für einzelne Altersstufen unter anderem als Grundlage für die Berechnung von Sterbetafeln. Betrachtet man die durchschnittliche Verteilung von Sterbefällen auf die einzelnen Altersstufen, zeigen sich für den Beobachtungszeit-

7) Für eine detaillierte Betrachtung von Wochenend- und Feiertagsgeburten in Rheinland-Pfalz siehe Ickler, G.: Geburtenentwicklung 2004 – Eine kleine Zeitreihenanalyse, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/2005, S. 680 ff.

8) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Periodensterbetafeln für Deutschland – Allgemeine und abgekürzte Sterbetafeln von 1871/1881 bis 2002/2004, Wiesbaden 2006.

9) Die Betrachtung von Ostdeutschland umfasst die 5 neuen Bundesländer und das Land Berlin.

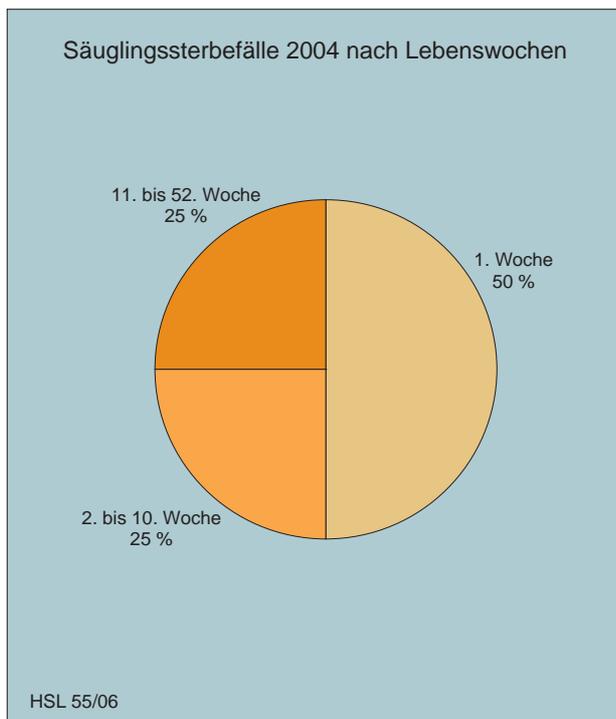


raum deutliche Unterschiede zwischen beiden Geschlechtern.

Aus der aktuellen gesamtdeutschen Sterbetafel 2002/2004 des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für männliche Neugeborene eine durchschnittliche Lebenserwartung von 75,89 Jahren. Die der weiblichen Neugeborenen liegt mit 81,55 um 5,66 Jahre darüber⁸⁾. Die männliche Übersterblichkeit wird auch im Schaubild 3 deutlich. Bei den männlichen Sterbefällen ist der Anteil derjenigen, die bis zum Alter von etwa 70 Jahren registriert werden, höher als bei den weiblichen. Demgegenüber findet eine Häufung von weiblichen Sterbefällen, verglichen mit den männlichen, in höheren Altersstufen statt.

Darüber hinaus zeigen sich bei den Männern deutlichere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland⁹⁾ als bei den Frauen. Die Kurve, durch die eine altersspezifische Verteilung der Sterbefälle beschrieben wird, nimmt bei den ostdeutschen Männern einen ähnlichen Verlauf wie bei den westdeutschen, sie ist aber weiter nach links, also in Richtung der jüngeren Altersstufen, verschoben.

Während die Sterblichkeit bei Kindern und Jugendlichen am geringsten ausfällt, wird bei den unter 1-Jährigen der Einfluss der Säuglingssterblichkeit deutlich. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 2918 Sterbefälle von unter 1-Jährigen registriert. Dabei verteilen sich die Säuglingssterbefälle vornehmlich auf die ersten Stunden und Tage nach der Geburt. Die Hälfte aller im Jahr 2004 erfassten Säuglingssterbefälle trat in der ersten Lebenswoche ein.



Auswertungsbeispiel: Lebend-, Tot- und Mehrlingsgeburten, Familienstand der Eltern

Ein Kind gilt in der Bundesrepublik als lebend geboren, wenn nach der Trennung vom Mutterleib entweder die Nabelschnur pulsiert oder der Herzschlag oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Totgeborene sind Kinder mit einem Geburtsgewicht von mindestens 500 g, bei denen keines der drei Merkmale einer Lebendgeburt in Erscheinung tritt. Diese Definition führt dazu, dass auch Neugeborene, bei denen die Wahrscheinlichkeit, die ersten Stunden nach der Geburt zu überleben, kaum gegeben ist, als lebend geboren registriert werden und somit Einfluss auf die Säuglingssterblichkeit nehmen.

Die Einzeldaten der amtlichen Geburtenstatistik lassen sowohl für Lebend- als auch für Totgeburten Analysen zu. Im Jahr 2004 wurden 708 350 Geborene erfasst, von denen rund 99,6 % lebend und 0,4 % tot geboren wurden. Von den Lebendgeborenen dieses Jahres gehörten 3,5 % zu einer Mehrlingsgeburt. Im Jahr 2000 lag der Anteil von Kindern aus Mehrlingsgeburten bei etwa 3,2 %.

Hierbei wird für den gesamten Beobachtungszeitraum ein, wenn auch nur geringer, Ost-West-Unterschied deutlich. Der Anteil von Kindern aus Mehrlingsgeburten liegt in den neuen Bundesländern und Berlin um durchschnittlich etwa 0,4 Prozentpunkte unter dem der alten Bundesländer.

Ein sehr viel stärkerer Ost-West-Unterschied zeigt sich bei der Betrachtung von Neugeborenen, deren Eltern miteinander verheiratet sind. Während in den alten Bun-

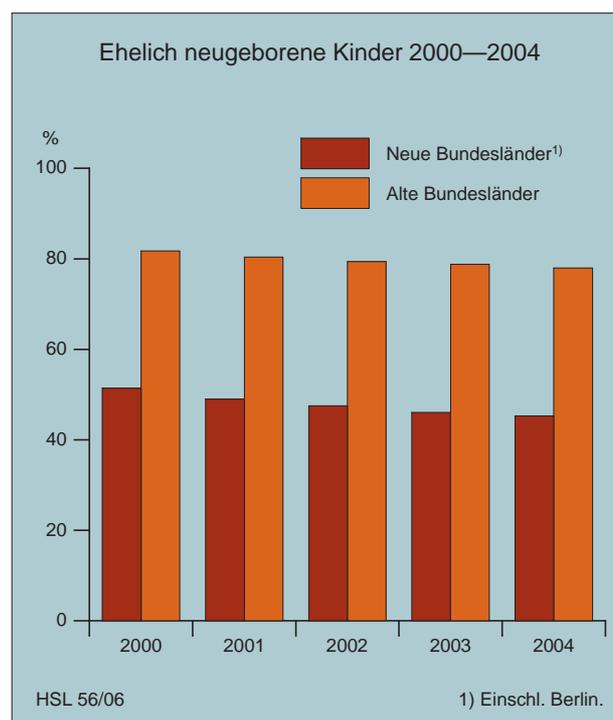
Lebendgeborene 2000–2004

Jahr	Insgesamt	Aus Einzelgeburten		Aus Mehrlingsgeburten	
		neue ¹⁾	alte	neue ¹⁾	alte
		Bundesländer		Bundesländer	
2000	766 999	127 398	615 475	3 499	20 627
2001	734 475	123 054	588 389	3 597	19 435
2002	719 250	121 467	574 069	3 684	20 030
2003	706 721	121 596	562 114	3 758	19 253
2004	705 622	124 263	556 448	4 067	20 844

1) Einschl. Berlin.

desländern etwa 80 % der Neugeborenen aus einer Ehe hervorgehen, liegt dieser Anteil in den neuen Bundesländern und Berlin heute bei unter 50 %. Für den Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2004 zeigt sich dabei bundesweit ein Rückgang von Geborenen, deren Eltern miteinander verheiratet sind. In Westdeutschland sank der Anteil von etwa 82 % im Jahr 2000 auf 78 % im Jahr 2004. Im gleichen Zeitraum ging dieser Anteil in Ostdeutschland um über 6 Prozentpunkte von 51 % auf rund 45 % zurück.

In diesem Zusammenhang muss auf ein Problem, das sich mit der amtlichen Bevölkerungsstatistik derzeit nicht lösen lässt, hingewiesen werden. Ein Merkmal der Geburtenstatistik beschreibt die Zahl vorheriger Geburten einer Frau. Dieses Merkmal bezieht sich aber nur auf die Kinder, die innerhalb einer bestehenden Ehe geboren wurden. Hat beispielsweise eine verheiratete Frau ein Kind, trennt sich von ihrem Mann, heiratet erneut und bekommt ein weiteres Kind, so würde das zweite Kind in der Geburtenstatistik als das erste innerhalb der



bestehenden Ehe erfasst werden. Im Hinblick auf den sehr hohen und weiter steigenden Anteil nichtehelicher Geburten in Ostdeutschland, den Rückgang ehelicher Geburten in den alten Bundesländern und hohe Scheidungsziffern in beiden Teilen Deutschlands ist nachvollziehbar, dass sich die, für die Erforschung politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Zusammenhänge sehr bedeutende Frage danach, wie viele Kinder eine Frau in ihrem Leben tatsächlich zur Welt gebracht hat, nicht beantworten lässt. Dieser Umstand wird sowohl vonseiten der Wissenschaft als auch vonseiten der amtlichen Statistik kritisch beurteilt, da eine fundierte Beschreibung von Kinderlosigkeit in Deutschland hierdurch nicht möglich ist. Wie allerdings eingangs dargestellt, ist die Erhebung von Tatbeständen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung im Bevölkerungsstatistikgesetz festgelegt. Entscheidungen über den Inhalt der Geburtenstatistik bleiben daher dem Gesetzgeber vorbehalten.

Auswertungsbeispiel: Heiratsalter und bisherige Familienstände bei Eheschließungen

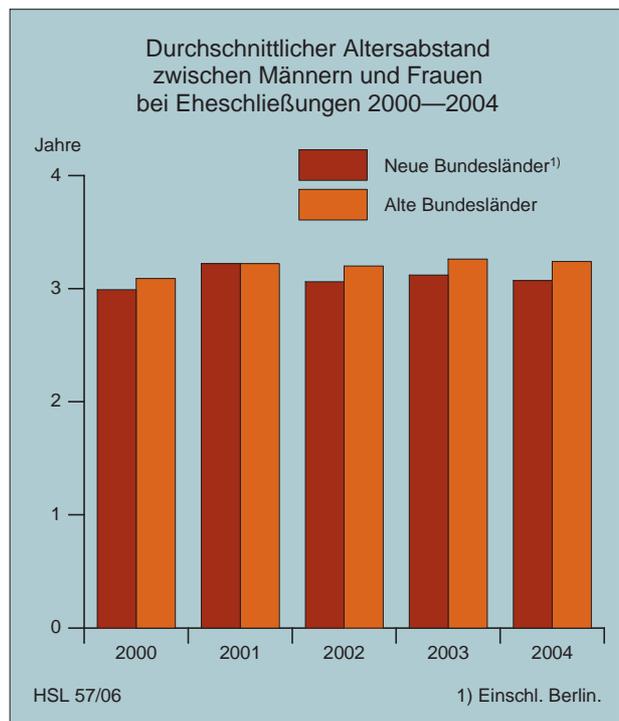
Dass im Jahr 2004 in den alten Bundesländern rund 28 % und in den neuen Bundesländern fast 30 % der Frauen, die geheiratet haben, bereits vorher schon einmal verheiratet waren, zeigt ein Blick in die Einzeldaten aus der Statistik der Eheschließungen. Die Betrachtung des Familienstandes vor der Eheschließung zeigt nicht nur Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands, sondern darüber hinaus auch Differenzen zwischen beiden Geschlechtern.

In den Jahren 2000 und 2004 ist der Anteil an Erst-Ehen in Westdeutschland sowohl bei Männern als auch bei Frauen höher als in Ostdeutschland. Erst-Ehen sind Ehen von Personen, die vorher noch nicht verheiratet, also ledig, waren. Während sich im Jahr 2000 in einem Ost-West-Vergleich bei beiden Geschlechtern eine Differenz von etwa 5 Prozentpunkten ergibt, haben sich die Werte für beide Teile Deutschlands im Jahr 2004 angenähert. Die Differenz beträgt in diesem Jahr bei Männern und Frauen etwa 2 Prozentpunkte.

Im Hinblick auf den Altersabstand zeigt Schaubild 6, dass in beiden Teilen Deutschlands Frauen bei einer Eheschließung durchschnittlich um etwa 3 Jahre jünger sind als Männer. Dieser Altersabstand ist hierbei bundesweit und über den gesamten Beobachtungszeitraum nahezu gleich.

Auswertung der Einzeldaten durch wissenschaftliche Einrichtungen

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben es sich zur Aufgabe gemacht, der Wissenschaft ausgewählte, faktisch anonyme Mikrodaten für Analysen



zur Verfügung zu stellen. Mit den Forschungsdatenzentren der amtlichen Statistik (FDZ) ist es anerkannten Forschungsinstituten und Universitäten möglich, auf der Grundlage von § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes Zugang zu faktisch anonymen Einzeldaten aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik zu erhalten. Als Dienstleister tragen die statistischen Ämter auf diesem Weg dem immer weiter steigenden Informationsbedarf in unserer Gesellschaft Rechnung, der die Grundlage für nachhaltige politische, ökonomische und gesellschaftliche Entscheidungen bildet.

Die Nutzung von faktisch anonymen Einzeldaten aus den Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung kann von unabhängigen Forschungsinstituten und Hochschulen für wissenschaftliche Analysen bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beantragt werden. Der Zugang

Familienstand bei Eheschließungen 2000 und 2004

Familienstand	Männer		Frauen	
	neue ¹⁾	alte	neue ¹⁾	alte
	Bundesländer		Bundesländer	
2000				
Ledig	70,0	75,1	69,0	73,8
Verwitwet	2,4	2,2	1,5	1,4
Geschieden	27,6	22,7	29,5	24,8
2004				
Ledig	71,1	72,8	70,1	72,0
Verwitwet	1,6	2,0	1,2	1,2
Geschieden	27,3	25,2	28,8	26,8

1) Einschl. Berlin.

zu diesen Einzeldaten kann sowohl über Gastwissenschaftlerarbeitsplätze in den statistischen Ämtern als auch im Rahmen einer kontrollierten Datenfernverarbeitung erfolgen.

Zurzeit stehen für Sterbefälle, Geburten und Eheschließungen die Erhebungsjahre 2000 bis 2004 zur Verfügung. Demgegenüber wird derzeit an einer Erweiterung des Datenangebotes um die Jahre 1991 bis 1999

gearbeitet. Die Aufbereitung des Berichtsjahres 2005 wird in den statistischen Landesämtern im dritten Quartal dieses Jahres abgeschlossen sein. In der Folge werden die Einzeldaten dieses Berichtsjahres auch für wissenschaftliche Analysen zur Verfügung stehen. Weiterführende Informationen zu den Forschungsdatenzentren und zum gesamten Datenangebot finden sich im Internet unter www.forschungsdatenzentrum.de.

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die jährlich herausgegebene Veröffentlichung „**Hebesätze der Realsteuern**“ enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

Außerdem enthält die CD-ROM die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„**Hebesätze der Realsteuern**“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



STATISTIK HESSEN



CD-ROM:

Format Excel 5.0/95 oder Excel 2000 oder ASCII

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W_115

Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt prämiiert auch in diesem Jahr herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen, mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern einen Anreiz geben, die Daten und Produkte der statistischen Ämter verstärkt für ihre Forschungszwecke zu nutzen. Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5000 Euro, in der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“ mit 2500 Euro dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Bei der vor wenigen Wochen stattgefundenen Preisverleihung des Jahres 2006 hat das Statistische Bundesamt eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit Förderpreisen für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

In der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde die Untersuchung von Herrn Diplom-Ökonom Alexander Vogel zum Thema „Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext – Ergebnisvergleich der normalen, tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit mit Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 auf Basis des kollektiven Modells“ (Universität Lüneburg) von der Jury als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2006 ausgezeichnet; das damit verbundene Preisgeld beträgt 2500 Euro.

Die Dissertation von Dr. Martin Rosemann über „Auswirkungen datenverändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten“ (Eberhard-Karls-Universität Tübingen) bereichert nach Auffassung der Juroren die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der amtlichen Statistik. Sie wurde deshalb mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte in Höhe von 2000 Euro gewürdigt.

Herr Diplom-Soziologe Jonas Radl erhält für seine an der Freien Universität Berlin entstandene Diplomarbeit „Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters – Eine empirische Analyse von Übergängen in den Ruhestand anhand des Scientific Use Files Versichertenrentenzugang 2004“ einen mit 1000 Euro dotierten Förderpreis in der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“.

Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ in Kürze ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2007 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 01.01.2005 und dem 28.02.2007 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Eine vorherige (Teil-) Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Magister-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist fünffach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse einzureichen:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung
in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Doktor- bzw. Examensarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als MS-Word- oder pdf-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2007 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Telefon: +49 (0) 611 / 75 26 03
E-Mail: institut@destatis.de
Internet: www.destatis.de/gerhardfuerstpreis.htm

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾ 2000 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze ⁶⁾ 2003 = 100	Verbraucherpreis-index ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeitslose ⁹⁾	Arbeitslosenquote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurzarbeit (Personen) ¹¹⁾
	insgesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2003 D	97,4	90,9	106,6	435 917	75,3	28 720	.	103,9	242 043	8,8	25 989	17 651
2004 D	100,0	92,3	111,0	427 251	71,3	26 376	102,7	105,4	250 923	9,1	22 339	9 646
2005 D	100,9	90,1	116,2	413 440	77,0	23 789	102,5	107,1	296 724	10,9	29 950	10 526
2005 September	109,1	101,2	120,2	414 684	91,5	23 875	100,3	107,8	292 964	10,7	32 779	7 755
3. Vj. D	100,7	93,3	111,3	413 543	95,4	23 936	99,0	107,5
Oktober	102,5	93,2	115,8	412 774	75,1	24 240	105,0	107,8	291 156	10,7	34 078	7 687
November	107,5	95,4	124,7	412 030	88,5	24 014	108,2	107,3	285 849	10,5	32 375	7 957
Dezember	100,8	83,9	124,8	409 256	61,5	23 424	123,3	108,2	288 834	10,6	29 964	6 356
4. Vj. D	103,6	90,8	121,8	411 353	75,0	23 893	112,2	107,8
2006 Januar	107,0	88,5	133,2	403 829	50,4	22 164	96,6	107,5	308 350	11,3	31 109	5 697
Februar	97,4	84,7	115,5	402 140	62,9	21 770	89,1	108,1	311 918	11,4	34 594	6 120
März	113,4	100,0	132,5	402 202	101,7	22 186	104,1	108,0	311 265	11,4	36 852	5 604
1. Vj. D	105,9	91,1	127,1	402 724	71,7	22 040	96,6	107,9
April	96,3	83,4	114,7	402 431	73,7	22 840	100,2	108,4	304 452	11,2	36 171	4 663
Mai	104,5	90,8	123,9	401 880	81,8	23 136	102,4	108,6	291 434	10,6	36 814	4 203
Juni	101,6	91,3	116,1	402 732	99,4	23 314	98,5	108,8	284 718	10,4	38 509	3 691
2. Vj. D	100,8	88,5	118,2	402 348	85,0	23 097	100,4	108,6
Juli	98,8	87,6	114,6	403 959	70,4	23 419	98,2	109,3	284 014	10,3	38 394	3 534
August	96,9	89,6	107,3	405 449	80,1	23 800	97,7	109,1	278 574	10,1	38 614	2 921
September	105,8	94,3	122,2	407 006	100,4	23 887	99,6	108,7	269 265	9,8	41 575	2 843
3. Vj. D	100,5	90,5	114,7	405 471	83,6	23 702	98,5	109,0
Oktober	103,5	91,6	120,3	405 843	61,2	24 017	104,7	108,9	260 851	9,5	42 242	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾¹³⁾												
2003 D	1,1	- 2,0	5,3	- 3,6	- 10,2	- 6,2	.	0,9	13,3	.	- 17,2	15,4
2004 D	2,7	1,5	4,1	- 2,0	- 5,3	- 8,2	.	1,4	3,7	.	- 14,0	- 45,4
2005 D	0,9	- 2,4	4,7	- 3,2	8,0	- 9,8	- 0,2	1,6	18,3	.	34,1	9,1
2005 September	7,5	7,3	7,6	- 3,2	10,0	- 10,2	- 0,2	2,2	19,7	.	53,0	15,4
3. Vj.	4,7	3,9	5,7	- 3,3	19,4	- 9,8	0,1	1,7
Oktober	- 0,9	- 3,8	2,9	- 3,2	- 24,1	- 8,9	- 1,3	2,0	19,7	.	67,2	1,7
November	6,3	0,8	12,9	- 3,0	75,6	- 8,4	- 1,1	2,1	17,3	.	71,4	- 3,8
Dezember	9,0	2,1	16,3	- 3,1	3,2	- 8,2	0,6	1,9	14,8	.	56,1	- 25,1
4. Vj.	4,6	- 0,4	10,5	- 3,1	7,8	- 8,5	- 0,5	0,3
2006 Januar	13,0	5,4	21,2	- 3,3	51,1	- 7,7	1,9	1,4	6,0	.	40,0	- 48,8
Februar	3,4	4,1	2,8	- 3,3	24,0	- 5,9	- 1,2	1,7	0,7	.	32,5	- 55,4
März	4,2	7,4	1,1	- 3,0	33,2	- 4,5	- 1,6	1,2	- 0,6	.	24,9	- 62,4
1. Vj.	6,8	5,7	7,9	- 3,2	34,0	- 6,1	- 0,3	1,5
April	- 4,3	- 7,3	- 0,7	- 2,7	- 7,5	- 3,9	- 4,5	1,8	0,1	.	16,4	- 69,7
Mai	10,8	7,3	14,7	- 2,6	- 2,3	- 3,1	3,5	1,8	- 1,0	.	29,8	- 65,2
Juni	- 3,6	- 5,0	- 1,9	- 2,3	11,7	- 2,7	- 2,7	1,8	- 2,3	.	28,2	- 68,1
2. Vj.	0,7	- 1,9	3,7	- 2,5	1,0	- 3,2	- 1,3	1,8
Juli	1,3	- 1,7	4,8	- 2,0	- 30,2	- 1,9	- 2,1	1,9	- 3,9	.	24,2	- 63,5
August	1,5	0,0	3,3	- 2,0	- 14,5	- 1,1	1,2	1,5	- 8,0	.	20,8	- 63,8
September	- 3,0	- 6,8	1,7	- 1,9	9,7	0,1	- 0,7	0,8	- 8,1	.	26,8	- 63,3
3. Vj.	- 0,2	- 3,0	3,1	- 2,0	- 12,3	- 1,0	- 0,5	1,4
Oktober	1,0	- 1,7	3,9	- 1,7	- 18,5	- 0,9	- 0,3	1,0	- 10,4	.	24,0	...
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2005 September	14,2	12,9	15,7	- 0,2	- 2,3	- 0,8	3,9	0,3	- 3,3	.	2,6	- 3,9
3. Vj.	0,5	3,4	- 2,5	0,2	13,4	0,3	- 2,7	0,7
Oktober	- 6,0	- 7,9	- 3,7	- 0,5	- 17,9	1,5	4,7	-	- 0,6	.	4,0	- 0,9
November	4,9	2,4	7,6	- 0,2	17,8	- 0,9	3,0	- 0,5	- 1,8	.	- 5,0	3,5
Dezember	- 6,2	- 12,1	0,2	- 0,7	- 30,5	- 2,5	14,0	0,8	1,0	.	- 7,4	- 20,1
4. Vj.	2,9	- 2,6	9,4	- 0,5	- 21,3	- 0,2	13,3	0,3
2006 Januar	6,2	5,5	6,7	- 1,3	- 18,1	- 5,4	- 21,7	- 0,6	6,8	.	3,8	- 10,4
Februar	- 9,0	- 4,3	- 13,3	- 0,4	24,9	- 1,8	- 7,8	0,6	1,2	.	11,2	7,4
März	16,4	18,1	14,7	0,0	61,7	1,9	16,8	- 0,1	- 0,2	.	6,5	- 8,4
1. Vj.	2,2	0,3	4,4	- 2,1	- 4,4	- 7,8	- 13,9	0,1
April	- 15,1	- 16,6	- 13,4	0,1	- 27,5	2,9	- 3,7	0,4	- 2,2	.	- 1,8	- 16,8
Mai	8,5	8,9	8,0	- 0,1	- 11,0	1,3	2,2	0,2	- 4,3	.	1,8	- 9,9
Juni	- 2,8	0,6	- 6,3	0,2	21,5	0,8	- 3,8	0,2	- 2,3	.	4,6	- 12,2
2. Vj.	- 4,8	- 2,9	- 7,0	- 0,1	18,5	4,8	3,9	0,6
Juli	- 2,8	- 4,1	- 1,3	0,3	- 29,2	0,5	- 0,3	0,5	- 0,2	.	- 0,3	- 4,3
August	- 1,9	2,3	- 6,4	0,4	13,8	1,6	- 0,5	- 0,2	- 1,9	.	0,6	- 17,3
September	9,2	5,2	13,9	0,4	25,3	0,4	1,9	- 0,4	- 3,3	.	7,7	2,7
3. Vj.	- 0,3	2,3	- 3,0	0,8	- 1,6	2,6	- 1,9	0,4
Oktober	- 2,2	- 2,9	- 1,6	- 0,3	- 39,0	0,5	5,1	0,2	- 3,1	.	1,6	...

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichts-kreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht mög-lich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Re-gionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaß-nahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsende. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse. — 13) Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Re-gistern neu hinzugekommen sind.

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 097,8 ¹⁾	6 092,4 ¹⁾	6 092,0	6 092,9	6 092,9	6 079,6	6 078,7	6 077,7	6 077,3
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 477	2 389	1 662	4 148	2 815	1 371	1 597	2 886	3 916
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	4,7	3,3	8,0	5,6	2,7	3,2	5,6	7,8
* Lebendgeborene	"	4 528	4 447	4 497	4 412	4 653	4 297	3 544	4 717	4 502
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,9	8,8	9,0	8,5	9,3	8,3	7,1	9,1	9,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 876	4 879	4 707	4 815	4 668	5 308	4 433	5 057	4 725
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,6	9,6	9,4	9,3	9,3	10,3	8,9	9,8	9,5
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	20	17	11	20	11	16	22	20	19
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	3,9	2,4	4,5	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 348	- 432	- 210	- 403	- 15	- 1 011	- 889	- 340	- 223
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,7	- 0,9	- 0,4	- 0,8	- 0,0	- 2,0	- 1,8	- 0,7	- 0,4
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	15 950	12 995	12 587	11 496	12 211	12 522	11 280	12 215	11 176
* darunter aus dem Ausland	"	8 444	5 570	5 651	5 174	5 571	5 512	4 766	5 623	5 000
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	14 922	13 263	11 956	11 444	13 023	13 176	11 369	12 984	11 563
* darunter in das Ausland	"	7 849	5 955	5 221	4 558	5 879	6 226	4 983	6 396	5 180
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 028	- 268	631	52	- 812	- 654	- 89	- 769	- 387
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 727	17 428	16 078	15 428	16 709	17 268	15 544	16 726	14 751

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	250 923	296 724	292 964	291 156	285 849	278 574	269 265	260 851	253 371
* und zwar Frauen	"	107 401	137 332	138 921	138 138	135 370	137 927	133 413	129 991	125 847
* Männer	"	143 522	159 377	154 040	152 957	150 424	140 595	135 794	130 857	127 515
* Ausländer	"	52 141	63 355	63 261	63 776	62 711	62 912	62 270	62 521	60 810
* Jüngere unter 25 Jahren	"	30 014	40 004	40 622	37 588	35 458	36 114	32 531	29 170	26 845
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	9,1	10,9	10,7	10,7	10,5	10,1	9,8	9,5	9,2
* und zwar der Frauen	"	8,3	10,6	10,7	10,6	10,4	10,5	10,1	9,9	9,5
* Männer	"	9,9	11,1	10,8	10,7	10,5	9,8	9,5	9,2	8,9
* Ausländer	"	17,5	21,3	21,3	21,5	21,1	20,9	20,7	20,8	20,2
* Jüngeren unter 25 Jahren	"	8,5	11,7	12,0	11,1	10,5	10,8	9,7	8,7	8,0
* Kurzarbeiter (Monatsende)	Anzahl	9 646	10 526	7 755	7 687	7 957	2 921	2 843
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	22 339	29 950	32 779	34 078	32 375	38 614	41 575	42 242	39 924

Erwerbstätigkeit ⁵⁾⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2004			2005			2006
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	Jan.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 112,7	2 089,5	2 111,4	2 143,7	2 113,5	2 084,8	2 113,9	2 095,3	2 075,2
* und zwar Frauen	"	929,0	926,1	933,7	945,6	936,3	929,5	935,3	931,2	925,5
* Ausländer	"	207,3	199,7	205,8	208,2	201,4	199,9	201,1	196,9	198,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	357,2	363,7	353,8	358,4	359,0	359,0	363,5	367,4	369,1
* darunter Frauen	"	298,3	303,9	296,2	299,7	300,1	301,2	303,8	305,7	306,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾ davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,2	13,3	12,1	13,5	11,7	12,0	13,7	11,9	12,3
darunter Frauen	"	3,6	3,6	3,4	3,6	3,3	3,3	3,6	3,3	3,4
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	498,7	482,2	500,6	502,1	494,4	484,9	482,8	474,0	470,1
darunter Frauen	"	125,7	121,1	126,5	126,8	124,1	122,3	121,6	118,7	117,2
* Baugewerbe	"	103,3	97,9	100,2	105,8	98,6	93,1	101,1	94,7	90,6
darunter Frauen	"	12,7	12,3	12,8	12,8	12,6	12,4	12,5	12,2	12,0
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	531,5	529,5	531,0	542,2	536,3	529,9	539,4	536,8	531,9
darunter Frauen	"	234,4	234,5	235,0	240,3	237,4	235,3	238,3	236,9	234,5
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	457,4	458,5	455,8	465,2	459,0	455,6	465,3	463,5	463,8
darunter Frauen	"	205,9	207,0	206,8	210,1	207,8	207,0	209,9	209,6	210,1
* öffentliche und private Dienstleister	"	508,3	507,9	511,3	514,6	513,2	509,1	511,4	514,2	506,1
darunter Frauen	"	346,6	347,5	349,1	351,8	351,0	349,0	349,2	350,3	348,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geänderter Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle "ohne Angaben" in den "Insgesamt" Positionen enthalten. — 5) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93, aktualisiert durch WZ 2003) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06.2004: Dezember 2004; für 31.03.2004: September 2004; für 30.09.2004: März 2005; für 31.12.2004: Juni 2005; für 30.06.2005: Dezember 2005; für 31.03.2005: September 2005; für 30.09.2005: März 2005; für 31.12.2005: Juni 2006; für 31.03.2006: September 2006. — 8) Einschl. Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder	Anzahl	5 315	4 890	3 717	4 513	5 730	3 072	3 778	4 675	5 632
Kälber	"	154	177	102	202	203	112	142	156	205
Schweine	"	62 433	62 281	61 559	55 827	74 204	56 306	53 491	55 682	61 833
darunter hausgeschlachtet	"	4 408	3 898	1 390	2 019	4 042	1 029	1 457	1 578	3 520
Schlachtmenge²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	7 607	7 592	7 396	7 070	8 931	6 554	6 528	7 016	7 700
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 504	1 381	1 138	1 349	1 562	902	1 169	1 401	1 625
* Kälbern	"	12	13	4	13	14	14	17	19	24
* Schweinen	"	5 468	5 515	5 625	5 069	6 591	5 197	4 879	5 115	5 575
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	2 659	2 426	2 736	2 393	2 601	2 460	2 664	2 534	2 622
* Erzeugte Konsumeier ⁴⁾	1000 St.	26 286	28 263	26 500	25 591	26 825	30 704	31 586	30 352	30 742
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 661	86 262	86 588	81 636	81 526	87 060	84 910	79 884	81 572
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 440	83 054	83 307	78 460	78 245	83 366	81 216	76 309	77 877
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	17,6	18,2	17,8	17,3	16,7	18,1	17,6	17,1	16,9

Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Betriebe	Anzahl	3 169	3 091	3 088	3 084	3 066	3 019	3 018	3 017	3 012
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	427,3	413,4	413,8	414,7	412,8	404,0	405,4	407,0	405,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	54 212	52 706	50 439	54 101	51 845	50 479	51 077	52 011	52 252
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. EUR	1 417,0	1 399,9	1 329,4	1 325,8	1 335,6	1 314,9	1 317,0	1 373,2	1 323,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	7 215,5	7 498,3	6 986,6	8 222,1	7 646,0	7 592,1	7 547,2	8 557,9	8 323,0
* darunter Auslandsumsatz	"	3 033,1	3 241,0	2 889,3	3 480,1	3 245,3	3 391,4	3 224,9	3 847,6	3 628,7
Exportquote ⁶⁾	%	42,0	43,2	41,4	42,3	42,4	44,7	42,7	45,0	43,6
Volumenindex des Auftragseingangs⁷⁾										
insgesamt	2000 = 100 % ⁸⁾	2,7	0,9	7,5	7,5	- 0,9	1,3	1,5	- 3,0	1,0
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	4,5	- 2,8	2,9	0,9	- 1,4	2,7	4,7	- 0,9	6,1
Investitionsgüterproduzenten	"	1,2	0,4	9,5	10,0	- 2,8	3,9	2,4	- 4,1	- 6,5
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 4,1	- 0,1	6,7	10,0	- 0,5	- 4,5	19,9	3,0	8,5
Verbrauchsgüterproduzenten	"	4,5	15,9	18,1	22,1	7,3	- 4,6	- 10,6	- 4,5	6,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	"	6,0	4,3	10,3	5,8	- 2,7	- 4,5	- 8,5	- 2,0	6,9
Maschinenbau	"	- 0,9	0,0	17,0	11,9	- 14,5	14,2	- 0,9	- 2,5	- 8,7
Kraftwagen und -teile	"	- 1,9	- 8,6	2,4	- 0,6	- 3,5	- 9,7	- 0,7	- 7,0	- 5,5
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	0,4	- 0,7	7,2	6,7	3,3	11,1	4,0	7,7	6,4

Energie- u. Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	100	106	106	106	106	106	106	106	106
* Beschäftigte ⁹⁾	"	17 217	17 243	17 359	17 450	17 446	16 952	16 976	17 111	17 053
* Geleistete Arbeitsstunden ^{9/10)}	1000 h	2 197	2 211	2 151	2 271	2 157	2 128	2 171	2 190	2 184
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	62,0	63,4	57,2	58,4	63,3	69,5	58,9	58,3	61,5
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 584,6	2 173,5	2 105,6	1 779,4	1 804,4	2 642,6	2 334,3	1 730,5	1 105,8

Handwerk ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Beschäftigte ¹²⁾	2003 = 100 ¹³⁾	98,3	96,4	.	97,4	.	.	.	97,1	.
* Umsatz ¹⁴⁾	2003 = 100 ¹⁵⁾	100,2	99,2	.	101,3	.	.	.	102,2	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.
1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichts-kreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Für die Jahre vor 2004 liegen noch keine rückgerechneten Ergebnisse für das neue Basisjahr 2003 vor. — 12) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 13) Hier: 30.09.2003 = 100. — 14) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 15) Vierteljahresdurchschnitt 2003 = 100.

Hessischer Zahlenspiegel

Baugewerbe										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	48,8	45,5	45,7	45,3	47,1	45,4	46,0	46,1	48,2
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	25,1	22,9	23,0	22,8	24,0	22,8	22,8	22,6	23,3
Fachwerker und Werker	"	6,8	6,5	6,9	6,9	6,6	6,8	7,1	7,2	7,6
gewerblich Auszubildende	"	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,0	2,2	2,3	2,4
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 473	4 101	4 584	4 856	4 672	4 618	4 724	4 792	4 857
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 856	1 736	1 852	2 049	1 926	1 872	1 854	1 895	1 830
* gewerblicher Bau	"	1 247	1 090	1 230	1 230	1 200	1 255	1 307	1 310	1 383
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 350	1 254	1 479	1 554	1 522	1 470	1 530	1 551	1 613
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	76,4	68,6	76,5	73,3	72,9	71,2	78,2	76,3	78,2
* Bruttogehaltssumme	"	34,1	31,0	30,1	28,8	28,9	29,8	28,5	29,3	30,2
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	442,0	413,7	470,6	471,7	483,8	491,0	501,9	519,6	515,3
darunter										
* Wohnungsbau	"	142,1	139,9	154,1	169,9	158,1	174,1	160,3	174,9	160,1
* gewerblicher Bau	"	154,4	134,7	147,1	143,5	140,7	151,9	161,3	158,3	161,1
* öffentlicher und Straßenbau	"	143,9	137,3	167,3	156,4	183,1	163,1	177,8	180,0	192,0
* Index des Auftragsingangs ³⁾	2000 = 100	71,3	77,0	93,7	91,5	75,1	70,4	80,1	100,4	61,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	80,0	82,9	104,2	100,8	71,0	91,2	87,1	97,6	75,7
* gewerblicher Bau	"	53,2	55,1	48,1	55,9	62,6	52,1	51,2	69,6	44,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	94,6	106,8	156,3	140,1	94,7	89,9	119,7	146,1	80,7
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	19,1	18,5	.	18,7	.	.	.	18,2	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 604	5 308	.	5 483	.	.	.	5 261	.
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	90,0	85,6	.	86,2	.	.	.	83,4	.
* Bruttogehaltssumme	"	48,0	48,7	.	45,4	.	.	.	48,1	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	462,2	473,8	.	478,9	.	.	.	477,7	.
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	800	695	721	544	567	731	662	580	808
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	735	640	668	502	531	677	599	520	604
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	863	751	753	626	570	767	686	593	621
* Wohnfläche in Wohngebäuden	"	157	140	144	118	105	141	127	112	117
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	197 724	171 778	170 569	140 673	130 994	179 413	161 783	139 511	143 006
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	159	160	175	152	138	197	205	167	152
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	993	894	680	1 047	555	916	1 031	1 037	1 586
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	"	155	141	120	163	100	152	173	163	148
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	117 488	113 628	100 501	153 050	64 577	130 874	122 835	134 651	138 792
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 627	1 409	1 359	1 274	1 068	1 501	1 457	1 152	1 053
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ⁶⁾	"	8 533	7 400	7 300	6 430	5 618	7 916	7 003	6 504	5 508
Großhandel ⁷⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Großhande ⁸⁾										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	2003 = 100	105,8	108,2	103,5	115,5	111,5	98,9	111,5	116,0	113,3
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	106,0	108,5	103,9	117,0	112,6	102,0	114,6	119,1	115,6
* Beschäftigte (Index)	"	94,5	93,4	93,5	94,1	93,5	93,8	94,5	95,2	95,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Die Ergebnisse werden ab Januar 2004 für einen veränderten Berichtskreis dargestellt. — 8) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Einzelhandel²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2003 = 100	103,1	102,9	97,0	100,5	105,9	98,2	98,0	99,6	105,4
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	102,7	102,5	96,5	100,3	105,0	98,2	97,7	99,6	104,7
darunter (Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁴⁾)	"									
Apotheken ⁵⁾	"	99,3	97,4	91,3	92,3	94,4	95,7	91,1	90,7	90,8
Bekleidung	"	96,0	97,3	92,2	96,5	99,8	97,8	92,8	98,3	95,4
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	103,8	106,1	96,8	107,3	122,8	104,8	104,0	100,3	122,4
Metallwaren, Anstrichmitteln ⁷⁾	"	100,9	105,3	96,9	102,0	112,3	86,5	98,0	98,7	116,1
* Beschäftigte (Index)	"	102,2	102,3	106,9	105,5	106,4	111,3	108,1	106,5	116,2
* Beschäftigte (Index)	"	105,3	102,9	102,5	102,5	102,2	98,6	99,4	98,5	98,7
K f z - H a n d e l u. T a n k s t e l l e n⁸⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	"	102,7	100,1	88,9	104,5	99,1	108,0	103,7	113,3	116,8
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	103,9	102,0	90,6	106,8	101,6	111,9	107,4	117,5	121,2
* Beschäftigte (Index)	"	99,3	97,1	97,5	97,8	98,0	96,5	97,4	97,5	98,1
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	"	95,6	91,6	84,7	102,1	98,0	91,7	83,6	100,4	96,5
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,4	93,4	86,5	104,4	99,8	95,1	86,5	104,2	99,8
darunter										
Hotellerie	"	102,8	104,3	85,3	133,9	119,8	100,0	86,8	132,3	121,1
speisengeprägte Gastronomie	"	91,5	82,9	81,8	84,3	85,0	87,2	80,3	85,0	84,0
Kantinen und Caterer	"	100,4	107,7	105,0	114,7	111,9	114,8	104,4	112,6	110,5
* Beschäftigte (Index)	"	107,2	103,3	106,0	105,3	103,0	103,4	103,3	103,2	102,7
Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. EUR	3 098,8	3 283,6	3 205,0	3 612,4	3 350,2	3 829,1	3 625,9
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	86,5	89,6	99,0	110,7	113,6	96,5	99,9
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 862,5	3 038,5	2 961,3	3 336,0	3 077,9	3 551,1	3 358,0
davon										
* Rohstoffe	"	19,6	15,8	10,8	16,4	16,8	14,6	14,3
* Halbwaren	"	168,6	190,7	175,6	290,9	172,3	250,4	261,8
* Fertigwaren	"	2 674,3	2 832,0	2 774,9	3 038,8	2 888,8	3 286,1	3 081,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	492,4	516,0	518,6	574,7	537,5	639,2	608,0
* Enderzeugnisse	"	2 181,9	2 316,0	2 256,3	2 464,1	2 351,3	2 646,8	2 473,8
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	716,5	774,2	820,2	914,9	845,7	876,6	900,0
Maschinen	"	455,3	487,0	510,6	499,1	463,1	560,7	517,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	337,5	366,0	272,7	403,4	308,5	421,6	330,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	262,7	275,4	323,9	268,3	282,9	319,2	328,1
Eisen- und Metallwaren	"	202,6	215,3	213,2	237,6	231,0	286,8	237,6
davon nach										
* Europa	"	2 242,0	2 352,2	2 214,8	2 598,3	2 368,8	2 737,2	2 559,6
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	1 940,7	2 027,2	1 888,0	2 160,2	2 070,6	2 367,2	2 190,4
* Afrika	"	65,7	60,2	62,6	67,7	58,4	72,3	69,0
* Amerika	"	343,7	392,5	414,8	437,0	415,9	476,1	429,4
* Asien	"	422,6	455,5	491,8	481,2	484,4	515,0	540,8
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	24,9	23,2	20,9	28,2	22,8	28,5	27,0
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 490,9	4 744,6	4 709,2	4 825,0	5 457,7	5 308,7	4 978,6
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	178,7	174,7	199,1	180,3	179,8	182,1	153,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 963,6	4 202,1	4 148,7	4 255,8	4 867,4	4 748,7	4 469,4
davon										
* Rohstoffe	"	61,2	72,8	66,2	66,3	81,0	104,8	88,3
* Halbwaren	"	249,8	409,3	411,4	491,6	456,0	576,4	530,7
* Fertigwaren	"	3 652,7	3 720,1	3 671,1	3 697,9	4 330,4	4 067,5	3 850,4
davon										
* Vorerzeugnisse	"	418,2	424,1	384,5	445,1	473,2	477,8	504,1
* Enderzeugnisse	"	3 234,5	3 296,0	3 286,6	3 252,9	3 857,1	3 589,7	3 346,3
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 867,4	3 032,9	2 934,3	3 177,0	3 404,5	3 196,7	2 979,6
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 593,3	2 729,8	2 652,8	2 883,4	3 094,3	2 847,4	2 623,6

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Ergebnisse werden ab Januar 2004 für einen veränderten Berichtskreis dargestellt. — 2) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Noch: Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	"	79,1	78,2	83,8	76,8	90,0	91,3	110,6
* Amerika	"	558,6	546,7	629,1	494,1	785,5	844,7	613,2
* Asien	"	979,1	1 078,1	1 055,4	1 065,2	1 170,0	1 161,7	1 265,3
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	6,6	8,7	6,6	11,9	7,6	14,3	9,9

Tourismus³⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Gästeankünfte	1000	815	837	819	1 049	941	951	847	1 098	981
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	211	216	250	262	225	287	247	284	248
auf Campingplätzen	"	26	27	76	29	14	87	65	31	15
* Gästeübernachtungen	"	1 993	2 015	2 235	2 448	2 287	2 317	2 227	2 529	2 309
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	407	413	503	476	438	530	488	525	456
auf Campingplätzen	"	79	82	255	85	46	255	230	90	48
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen										
Heilbäder	"	572	566	647	650	631	623	631	672	643
Luftkurorte	"	115	116	148	139	141	144	139	150	129
Erholungsorte	"	28	80	125	98	92	122	119	108	94
sonstige Gemeinden	"	1 227	1 253	1 315	1 561	1 422	1 428	1 338	1 600	1 443
darunter Großstädte	"	566	586	566	717	635	655	595	739	687

Verkehr

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 056	970	1 021	971	908	865	980	959	1 075
davon										
* Güterversand	"	209	209	191	186	207	183	186	182	208
* Güterempfang	"	847	746	830	785	701	682	794	777	867
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ⁴⁾	Anzahl	28 120	29 082	25 643	28 569	29 556	25 637	23 074	27 151	26 177
darunter										
* Personenkraftwagen ⁵⁾	"	24 378	25 148	22 115	25 245	26 708	21 529	20 366	23 811	23 506
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 574	1 603	1 422	1 525	1 731	1 478	1 091	1 552	1 538
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 608	1 883	1 598	1 224	685	2 225	1 314	1 256	750
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	333	334	338	399	320	203	198	367	301
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁶⁾	"	2 804	2 813	2 887	3 087	2 997	3 043	2 756	3 132	3 023
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 027	2 070	2 142	2 380	2 173	2 349	1 947	2 426	2 160
* getötete Personen	"	34	30	33	40	49	40	27	35	38
* verletzte Personen	"	2 689	2 767	2 814	3 122	2 963	3 109	2 601	3 133	2 909
Liniennahverkehr der Verkehrsunternehmen ^{7,8)}										
Fahrgäste ⁹⁾	1000	101 373	100 887	.	294 942	.	.	.	343 031	.
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	64 572	64 792	.	190 930	.	.	.	242 840	.
Straßenbahnen	"	15 247	15 432	.	43 690	.	.	.	46 458	.
Omnibussen	"	24 232	23 074	.	67 103	.	.	.	59 894	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 029 849	2 032 026	.	6 145 666	.	.	.	6 905 181	.
davon mit										
Eisenbahnen	"	1 821 306	1 830 630	.	5 581 649	.	.	.	6 344 168	.
Straßenbahnen	"	55 795	57 610	.	162 848	.	.	.	173 935	.
Omnibussen	"	152 749	143 786	.	401 169	.	.	.	387 078	.
Linienfernverkehr mit Omnibussen ^{7,8)}										
Fahrgäste	1000	98	83	.	376	.	.	.	284	.
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	115 678	107 250	.	489 060	.	.	.	369 655	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten. — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; ab Januar 2004 einschl. Camping bzw. in der Untergliederung nach Gemeindegruppen für den ganzen Berichtszeitraum ohne Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 4) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 5) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmonat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenfahrzeuge den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 6) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 7) Wegen methodischer Änderungen in der Statistik des Personenverkehrs liegen für die Jahre vor 2004 keine vergleichbaren Daten vor. — 8) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 9) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	192 610	196 172	600 461			591 781			
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾ davon	"	133 770	135 953	414 844			406 632			
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	19 449	22 600	74 416			78 140			
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	114 321	113 353	340 428			328 492			
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	154 853	169 223	521 725			544 878			
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	628	726	735	717	728	865	847	793	923
davon										
* Unternehmen	"	199	185	181	194	162	168	133	129	163
* Verbraucher	"	229	314	313	320	334	465	490	449	533
* ehemals selbstständig Tätige	"	138	170	173	152	180	181	180	171	178
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	62	58	68	51	52	51	44	44	49
* Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	240 074	303 090	178 081	481 705	262 045	121 652	132 046	174 097	146 704
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 636	6 544	6 366	6 931	6 303	5 871	6 133	6 301	6 471
* Gewerbeabmeldungen	"	4 955	5 159	4 642	4 766	4 698	4 709	5 028	4 797	5 133
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	105,4	107,1	107,5	107,8	107,8	109,3	109,1	108,7	108,9
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,8	104,3	103,7	103,4	103,3	106,8	106,5	106,7	106,5
alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	120,8	131,0	129,5	134,3	134,0	134,1	133,5	133,6	137,7
Bekleidung, Schuhe	"	94,7	90,3	86,6	89,2	90,3	86,5	87,0	90,1	91,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	106,9	110,0	110,7	111,0	111,6	113,0	113,1	113,0	113,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	99,8	98,4	98,4	98,0	98,1	98,4	98,0	98,0	98,1
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	108,3	112,3	114,0	115,1	115,0	118,6	117,3	114,4	114,0
Nachrichtenübermittlung	"	95,6	94,3	94,5	94,0	93,5	91,4	91,0	91,3	91,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	99,2	98,9	100,8	99,0	99,0	100,6	100,3	98,8	99,1
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	106,1	106,4	108,1	107,1	104,8	107,7	108,1	108,5	105,3
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	"	101,4 ⁹⁾	102,5	102,6	.	.	.	104,7	.	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006			
		Durchschnitt		August	Sept.	Sept.	Juli	August	Sept.	
Steueraufkommen insgesamt ¹⁰⁾	Mill. EUR	2 744,4	2 910,1	2 447,1	3 310,0	2 329,9	2 969,7	2 922,5	3 831,3	2 514,2
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	2 590,0	2 740,1	2 307,8	3 195,0	2 122,0	2 755,2	2 758,0	3 710,5	2 285,1
davon										
Lohnsteuer ¹¹⁾	"	1 388,3	1 354,2	1 239,0	1 148,5	1 184,3	1 356,4	1 231,7	1 159,0	1 217,2
veranlagte Einkommensteuer	"	26,7	64,9	- 93,5	449,9	- 84,4	184,7	- 33,6	536,9	- 59,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	150,2	156,5	114,7	63,4	100,0	245,9	69,8	194,1	125,2
Zinsabschlag ¹¹⁾	"	215,9	227,3	174,9	122,1	156,1	201,1	206,7	146,6	178,0
Körperschaftsteuer ¹¹⁾	"	45,1	61,6	- 89,2	551,3	- 104,9	- 174,5	291,4	691,1	- 97,3
Umsatzsteuer	"	756,5	870,4	958,0	854,5	865,0	935,9	987,0	978,6	916,5
Einfuhrumsatzsteuer	"	7,2	5,3	5,0	5,2	5,6	5,4	5,8	4,0	4,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November. — 10) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 11) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern											
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005			2006				
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.	
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR										
noch: davon											
Bundessteuern											
darunter											
Mineralölsteuer		"									
Versicherungsteuer		"									
Zölle ²⁾		"									
Landessteuern		"	126,5	140,2	126,7	114,9	119,6	138,2	153,8	120,8	139,1
darunter											
Vermögensteuer		"	0,8	0,2	0,5	0,4	0,3	1,6	2,7	0,8	0,1
Erbschaftsteuer		"	25,9	34,6	19,7	17,8	19,4	26,6	24,6	22,0	25,0
Grunderwerbsteuer		"	33,6	34,2	35,1	34,3	37,3	41,7	56,8	42,8	41,6
Kraftfahrzeugsteuer	"	50,2	56,6	51,2	50,4	50,6	50,2	51,8	45,9	51,5	
Gewerbsteuerumlage	"	28,0	29,7	12,6	0,0	88,3	76,2	10,6	0,0	90,0	

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2004	2005	2005				2006		
		Durchschnitt ³⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 471,5	1 544,3	992,9	1 627,2	1 556,0	2 001,1	1 308,8	1 728,0	1 826,0
davon										
Grundsteuer A	"	4,9	4,4	4,3	4,1	5,4	3,5	4,6	3,7	5,6
Grundsteuer B	"	162,6	165,2	151,7	169,6	195,1	144,3	145,6	170,5	213,3
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	707,5	786,7	747,8	809,2	815,7	774,1	1 035,2	916,5	997,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	512,6	503,6	72,4	558,5	457,3	926,0	108,6	549,9	520,9
andere Steuern ⁴⁾	"	15,4	14,5	13,3	16,4	16,5	11,9	12,3	15,6	18,0

Verdienste ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2005	2006	2005			2006			
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe	EUR									
* Bruttonomatsverdienst insgesamt		2 609	2 642	2 586	2 614	2 640	2 579	2 639	2 662	2 656
* männliche Arbeiter		2 687	2 719	2 664	2 692	2 718	2 650	2 714	2 740	2 736
darunter Facharbeiter		2 845	2 882	2 823	2 845	2 878	2 807	2 875	2 902	2 903
* weibliche Arbeiter		2 045	2 077	2 026	2 045	2 070	2 055	2 081	2 087	2 078
darunter Hilfsarbeiterinnen		1 881	1 929	1 867	1 875	1 906	1 900	1 940	1 945	1 923
* Bruttostundenverdienst insgesamt		15,98	16,03	15,93	15,93	16,09	15,91	16,04	16,07	16,03
* männliche Arbeiter		16,43	16,46	16,38	16,37	16,54	16,35	16,47	16,51	16,47
darunter Facharbeiter		17,59	17,66	17,55	17,51	17,72	17,50	17,64	17,71	17,71
* weibliche Arbeiter		12,68	12,77	12,63	12,68	12,77	12,71	12,81	12,82	12,74
darunter Hilfsarbeiterinnen		11,50	11,70	11,47	11,49	11,56	11,61	11,73	11,77	11,66
Angestelltenverdienste (Bruttonomatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe		3 897	3 938	3 880	3 903	3 919	3 906	3 921	3 943	3 958
* männlich		4 141	4 182	4 129	4 146	4 163	4 145	4 162	4 188	4 206
* weiblich		3 189	3 231	3 161	3 202	3 211	3 209	3 221	3 235	3 245
* kaufmännische Angestellte	3 662	3 695	3 653	3 674	3 672	3 667	3 682	3 700	3 712	
* technische Angestellte	4 092	4 142	4 071	4 096	4 122	4 105	4 120	4 149	4 166	
* in Handel ⁷⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	3 605	3 707	3 597	3 605	3 616	3 673	3 701	3 708	3 724	
* männlich	3 976	4 080	3 968	3 978	3 986	4 047	4 076	4 088	4 090	
* weiblich	3 016	3 105	3 013	3 011	3 028	3 067	3 098	3 099	3 132	
* kaufmännische Angestellte	3 598	3 704	3 590	3 597	3 610	3 670	3 699	3 704	3 721	
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁷⁾ ; Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁸⁾	3 722	3 800	3 710	3 725	3 739	3 767	3 790	3 803	3 819	

^{*} Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

¹⁾ Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — ²⁾ Einschl. Zoll-Euro. — ³⁾ Vierteljahresdurchschnitte. — ⁴⁾ Und steuerähnliche Einnahmen. — ⁵⁾ Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — ⁶⁾ Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — ⁷⁾ Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — ⁸⁾ Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Prof. Dr. Reiner Stäglin, Dipl.-Soziologe Ingo Pfeiffer, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie

Seit Mitte der 1960er-Jahre begleiten Diskussionen über die Notwendigkeit der Bundesstatistiken und die Zumutbarkeit der damit verbundenen Belastungen für Bürger und Wirtschaft die Arbeit der statistischen Ämter. Ging es zunächst darum, die rasch wachsenden Informationsanforderungen mit den verfügbaren Kapazitäten der statistischen Ämter in Einklang zu bringen, kam mit der Diskussion um die Volkszählung 1983 und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung eine bleibende Sensibilität der Politiker, Medien und Bürger gegenüber statistischen Auskunftersuchen hinzu. In seinem Volkszählungsurteil hatte das Bundesverfassungsgericht damals zwar die Bedeutung der amtlichen Statistik umfassend gewürdigt, ihr aber gleichzeitig auch die größtmögliche Schonung der Auskunftspflichtigen, eine Wahrung der Verhältnismäßigkeit zwischen Inanspruchnahme der Auskunftspflichtigen und allgemeinem Nutzen sowie die Anwendung des jeweils mildesten Mittels auferlegt.

Mit wachsender Regelungsdichte, nicht zuletzt auch aufgrund europäischer Rechtsvorschriften, und steigendem Wettbewerbsdruck rückte im letzten Jahrzehnt immer stärker die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie in den Vordergrund. Die Statistik steht dabei häufig als Synonym für alle Arten von Auskunftsverlangen amtlicher und nicht amtlicher Stellen.

Auch die jetzige Bundesregierung hat den Abbau von überflüssiger Bürokratie zu ihrem politischen Ziel erklärt: Im Herbst 2005 haben sich die Regierungsfractionen in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode darauf verständigt, den Bürokratieabbau systematisch voranzutreiben und insbesondere den Mittelstand von wachstumshemmender Überregulierung zu befreien. Unter den

vordringlichen Maßnahmen ist dabei auch der Abbau von Statistikpflichten genannt.

Um zu einer Versachlichung der Diskussion beizutragen, hatte das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bereits im November 2003 den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden im Juli 2006 auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Rund 64 Minuten im Monat beträgt danach der durchschnittliche Aufwand von Unternehmen, die zu amtlichen Statistiken melden. Die Ergebnisse der Studie zeigen aber auch große Unterschiede in der Belastung der Auskunftspflichtigen auf, abhängig von der Unternehmensgröße, dem Wirtschaftsbereich, dem die Unternehmen angehören, oder der jeweiligen Statistik.

Herr Prof. Dr. Stäglin und Herr Diplom-Soziologe Pfeiffer vom DIW Berlin haben sich freundlicherweise bereitgefunden, die Ergebnisse der DIW-Belastungsstudie in einer Kurzfassung auch in den Zeitschriften der statistischen Ämter zu veröffentlichen, wofür wir ihnen herzlich danken.

1 Messung des Zeitaufwandes der Unternehmen in Deutschland durch Erhebungen der statistischen Ämter

Die Diskussion über die Belastung der Wirtschaft durch zu viel staatliche Bürokratie ist ein Dauerthema in Politik und

Gesellschaft¹). Bei dieser Diskussion wird auch die amtliche Statistik zu den Bürokratielasten gezählt und eine Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten gefordert. Die dafür ins Feld geführten Argumente, die sich auf Einzelfälle und bisher vorliegende Untersuchungen stützen, sind jedoch oft undifferenziert, strittig und selten nachvollziehbar. So wird jede Informations- und Meldepflicht mit amtlicher Statistik gleichgesetzt, die Zeit- und Kostenbelastung anhand des subjektiven Empfindens gemessen und bei der Forderung nach Reduktion der Statistikbelastung übersehen, dass bereits mehr als 60% der amtlichen Statistiken durch europäische Rechtsakte vorgegeben sind.

Um zu einer Versachlichung dieser Diskussion beizutragen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im November 2003 dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, eine Untersuchung über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ durchzuführen. Ziel der Untersuchung, deren Ergebnisse im Juli 2006 vorgestellt wurden²), war es,

- eine objektive und quantifizierbare Grundlage für die Diskussion um die konkrete Belastung von Unternehmen in Deutschland durch Meldepflichten zur amtlichen Statistik zu schaffen,
- die Gründe für besondere Belastungen zu ermitteln, um Ansatzpunkte für eine Reduzierung des Befragungsaufwandes bzw. für eine Verbesserung der statistischen Erhebungen zu identifizieren,
- einen Anhaltspunkt für die Relation von amtlicher Statistik zu nicht amtlicher Statistik und zu Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen sowie
- den Nutzenaspekt der amtlichen Statistik in die bisher einseitige Belastungsdiskussion einzubringen.

2 Registerauswertung, Befragung der betroffenen Unternehmen und Nutzenüberlegungen

Die Aufgabenstellung der Belastungsuntersuchung erforderte mehrere Arbeitsschritte. Zu ihnen gehörten

- eine Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter,
- eine Befragung zur zeitlichen Beanspruchung der Unternehmen durch 74 Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (amtliche Belastungserhebung),
- eine Berechnung der Gesamtbelastung der von den amtlichen Erhebungen im Jahr 2004 betroffenen Unternehmen in Deutschland (Hochrechnung),

- eine Analyse der Möglichkeiten zur Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen von statistischen Erhebungen,
- eine zusätzliche schriftliche und persönliche Befragung ausgewählter Unternehmen zur Beanspruchung durch andere Melde- und Informationspflichten (Unternehmensbefragung des DIW Berlin),
- eine Analyse des Nutzens amtlicher Statistik für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft sowie
- eine überblicksartige Analyse der wichtigsten aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“.

Die Erfüllung der Aufgaben des Untersuchungsauftrages setzte wegen der umfangreichen Datenzulieferungen durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine enge Kooperation zwischen diesen und dem DIW Berlin voraus. Die Auswertung der amtlichen Belastungserhebung und der Unternehmensbefragung des DIW Berlin wurde mit den um die Informationen aus dem Unternehmensregister ergänzten Angaben aus Datenschutzgründen im Wege der Fernrechnung im Statistischen Bundesamt vorgenommen³).

Begleitet wurde die Untersuchung durch einen Projektbeirat, dem Vertreter des Auftraggebers, der statistischen Ämter sowie ausgewählter Wirtschaftsverbände angehörten. Vor Abschluss der Arbeiten wurde am 30. März 2006 ein Workshop durchgeführt, auf dem die vorläufigen Ergebnisse der Untersuchung einem ausgewählten Kreis vorgestellt und diskutiert wurden. Der Öffentlichkeit wurden die endgültigen Ergebnisse der Belastungsstudie auf einer Pressekonferenz des DIW Berlin am 26. Juli 2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin präsentiert.

3 Ergebnisse der Belastungsuntersuchung

3.1 Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter

15% aller Unternehmen meldepflichtig

Das bei den statistischen Ämtern geführte Unternehmensregister ermöglicht einen ersten Einblick in die Belastungssituation der deutschen Wirtschaft durch die Erhebungen der statistischen Ämter (amtliche Statistik). Es zeigt, dass von den knapp 3,5 Mill. Unternehmen in Deutschland im Jahr 2004 rund 85% zu keiner amtlichen statistischen Erhebung herangezogen wurden (siehe Schaubild 1).

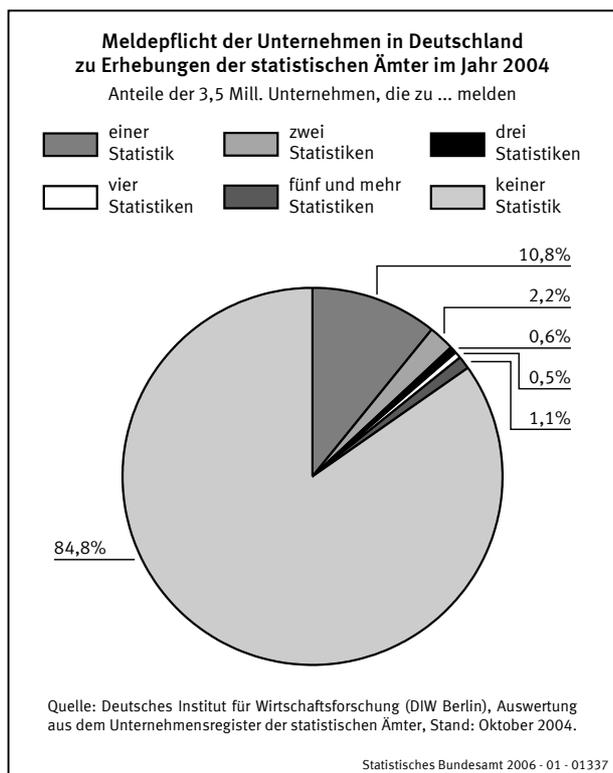
Von den 15,2% der Unternehmen, die Statistikpflichten zu erbringen hatten, meldeten 10,8% zu einer Statistik und 2,2% zu zwei Statistiken. Von drei und mehr statistischen

1) Auch die Regierung der großen Koalition hat den Abbau von Bürokratie zu einem ihrer politischen Ziele erklärt. Siehe den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11. November 2005: „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“, Kapitel 9.1 Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Dabei hat sich die Bundesregierung das in den Niederlanden entwickelte und in einigen europäischen Ländern bereits angewendete Standardkosten-Modell (SKM) zum Vorbild genommen. Siehe hierzu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Einführung des Standardkosten-Modells – Methodenhandbuch der Bundesregierung“, Version 1, August 2006.

2) Siehe Pfeiffer, I./Stäglich, R./Stephan, A.: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 19, Berlin 2006, und Pfeiffer, I./Stäglich, R.: „Statistikbelastung der Unternehmen: Reduzierung der Berichtspflichten kann nicht viel zum Bürokratieabbau beitragen“, Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 30/2006.

3) Hier ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes für ihre Unterstützung zu danken.

Schaubild 1



Erhebungen waren ebenfalls 2,2% der Unternehmen betroffen; darunter befanden sich 1,1% Berichtspflichtige, die fünf und mehr Erhebungen beantworten mussten.

Vor allem größere Unternehmen meldepflichtig

Eine Unterteilung dieser Angaben zur Meldepflicht nach sechs Größenklassen der Unternehmen anhand der Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten lässt erkennen, dass der Anteil der meldepflichtigen Unternehmen sich umgekehrt proportional zur Größe der Unternehmen verhält (siehe Tabelle 1). Von den Kleinunternehmen, also den Berichtspflichtigen der Größenklasse mit bis zu neun SV-Beschäftigten, wurden 12,6% zu einer Meldung

oder auch zu mehreren Meldungen herangezogen. Von den Kleinunternehmen (Einheiten mit 10 bis 19 und 20 bis 49 Beschäftigten) und von den mittleren Unternehmen (Einheiten mit 50 bis 249 Beschäftigten) waren zwischen vier Zehntel und zwei Drittel betroffen. Von den Unternehmen der Größenklasse 250 bis 499 Beschäftigte wurden 73% und von den Großunternehmen mit 500 Beschäftigten und mehr gut vier Fünftel zur Abgabe statistischer Meldungen herangezogen.

Es fällt auf, dass für 40% der Unternehmen keine Angaben zur Beschäftigtenzahl vorliegen. Von diesen sind die wenigsten (10%) von Meldepflichtigen zur amtlichen Statistik betroffen. Die Beschäftigtenangaben für diese Unternehmen fehlen, weil im zugrunde liegenden Datenmaterial des Registers der Bundesagentur für Arbeit für sie keine Angaben über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte vorliegen. Dies können Kleinunternehmen sein, in denen Selbstständige und mithelfende Familienangehörige tätig sind; es können aber auch große Organträger sein, die gegenüber der Steuerverwaltung den Gesamtumsatz der zugehörigen Organgesellschaften melden, ohne über eigenes Personal zu verfügen.

Anteil der Meldepflichtigen im Produzierenden Gewerbe am höchsten

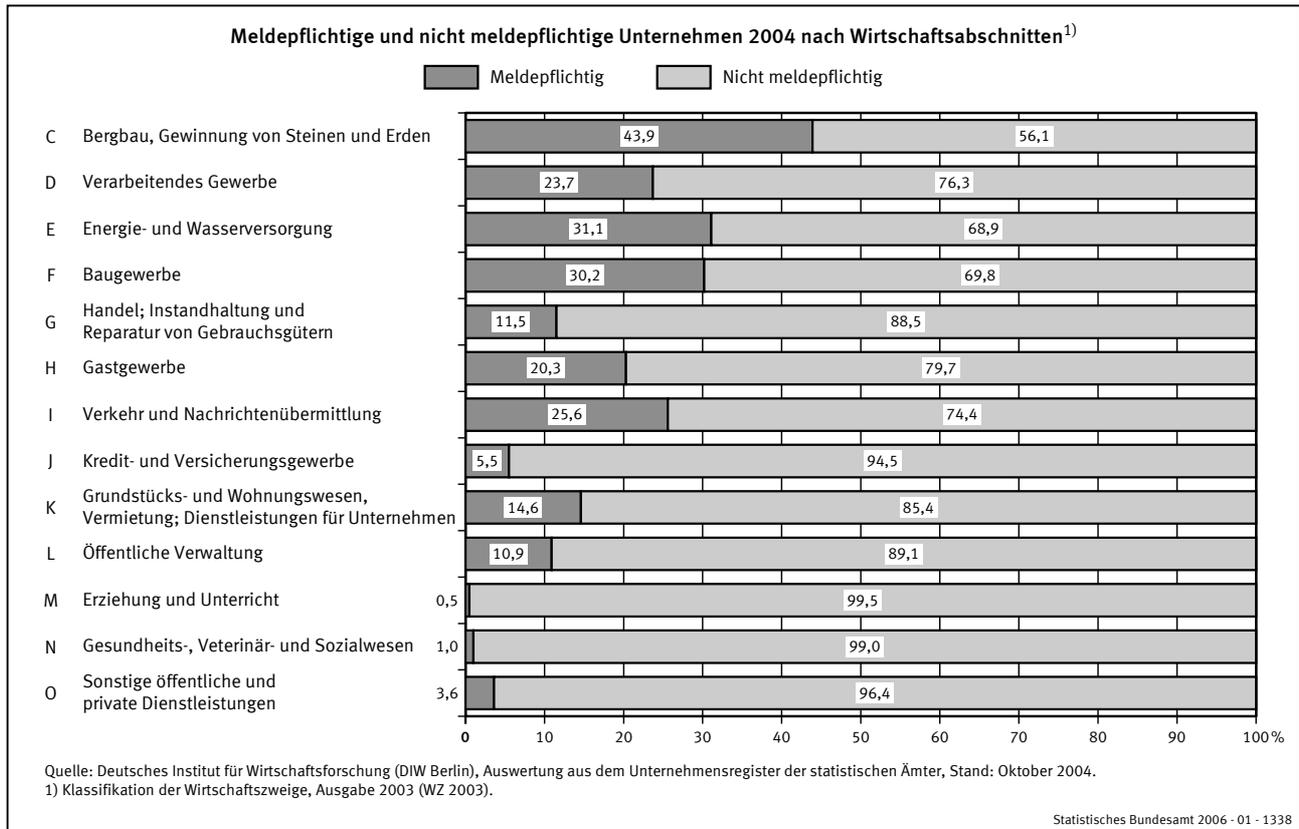
Die Gruppierung der in Schaubild 1 ausgewiesenen Zahl der meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Unternehmen nach den in Betracht kommenden Wirtschaftsabschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ist in Schaubild 2 dargestellt. Dieses lässt erkennen, dass – erwartungsgemäß, weil auch historisch bedingt – in den Wirtschaftsabschnitten des Produzierenden Gewerbes, also in den Abschnitten C bis F der WZ 2003, die höchsten Anteile der Meldepflichtigen enthalten sind. Das erklärt sich dadurch, dass hier ab einer bestimmten Abschneidegrenze Vollerhebungen durchgeführt werden. Da in den Wirtschaftsabschnitten Handel und Gastgewerbe (Abschnitte G und H der WZ 2003) Stichprobenerhebungen dominieren, ist der Anteil der berichtspflichtigen Registerinheiten dort entsprechend niedriger. Der relativ hohe Anteil der berichtspflichtigen Unternehmen

Tabelle 1: Unternehmen 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Meldepflichten zu Erhebungen der statistischen Ämter

Unternehmen Meldepflicht	Unternehmen mit ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten							Insgesamt
	ohne Angabe	bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 bis 249	250 bis 499	500 und mehr	
Prozent								
Unternehmen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
ohne Meldepflicht	89,8	87,4	60,0	42,4	32,6	27,1	19,0	84,8
mit Meldepflicht	10,2	12,6	40,0	57,6	67,4	72,9	81,0	15,2
zu einer Statistik	9,1	10,4	24,8	16,6	13,2	12,4	14,1	10,8
zu zwei Statistiken	0,9	1,8	9,7	12,0	10,8	8,8	8,6	2,2
zu drei Statistiken	0,1	0,3	2,8	5,9	7,1	7,6	11,1	0,6
zu vier Statistiken	0,0	0,1	1,5	9,0	6,1	3,7	3,9	0,5
zu fünf und mehr Statistiken	0,1	0,0	1,2	14,1	30,2	40,4	43,3	1,1
1 000								
Nachrichtlich:								
Zahl der Unternehmen	1 396,0	1 761,4	161,1	96,5	55,4	6,9	5,4	3 482,7

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Auswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter, Stand: Oktober 2004.

Schaubild 2



in den Wirtschaftsabschnitten I und K ist auf die seit dem Jahr 2001 durchgeführte Dienstleistungsstatistik zurückzuführen.

Keine Aussage des Unternehmensregisters über die zeitliche Statistikbelastung

Die durch die Auswertung des Unternehmensregisters gewonnene Information über die individuelle und die gesamte Betroffenheit von Unternehmen durch Erhebungen der statistischen Ämter reicht allein nicht aus, um die Belastung der Befragten durch die amtliche Statistik einzuschätzen. Hierfür sind vielmehr Kenntnisse über den Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten erforderlich. Diese können weder aus der Gestaltung der Erhebungsbogen noch aus der Zahl und Komplexität der erfragten Merkmale, die ja bekannt sind, abgeleitet werden. Sie können nur aus Angaben der Berichtspflichtigen selbst berechnet werden. Diesem Ziel diente die amtliche Belastungserhebung, die von den statistischen Ämtern durchgeführt wurde.

Dabei wurde davon ausgegangen, dass grundsätzlich vier Faktoren für die Dauer der Bearbeitung einer statistischen Erhebung ausschlaggebend sind: Umfang und Detaillierungsgrad der Erhebung (Länge und Komplexität des Fragebogens), Technik der Datenübermittlung, Organisation des betrieblichen Rechnungswesens bzw. der Datenhaltung und

Grad der Vertrautheit der Bearbeiter mit dem Erhebungsprogramm.

3.2 Auswertung der amtlichen Belastungserhebung

3.2.1 Beantwortung eines einseitigen Fragebogens nach dem Zeitaufwand für 74 Statistiken durch fast 75 000 Unternehmen

Die amtliche Belastungserhebung bezog sich auf die 74 Statistiken, die im Jahr 2004 vom Statistischen Bundesamt (18 zentrale Statistiken) und von den Statistischen Ämtern der Länder (56 dezentrale Statistiken) erhoben wurden⁴⁾. Sie erfolgte im unmittelbaren Zusammenhang mit der jeweiligen statistischen Erhebung mit einem eigenständigen Fragebogen (Belastungsbogen zur „Ermittlung des Aufwandes für amtliche Statistiken“), in dem nach dem Zeitaufwand für die Erhebung, nach den daran beteiligten Stellen und nach der Herkunft der geforderten Angaben, nach Schwierigkeiten bei der Beantwortung sowie nach Verbesserungsvorschlägen gefragt wurde. Zusätzlich sollten die Unternehmen oder Betriebe erklären, ob sie mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden sind.

Unter Zeitaufwand wird die Arbeitszeit verstanden, die im Unternehmen oder Betrieb unmittelbar für die Beantwortung

4) Eine Auflistung der Statistiken – ohne die aus Geheimhaltungsgründen entfernten zwei Statistiken (Erhebung über Geothermie und Investitionserhebung bei Unternehmen, die Erdgas- oder Erdölgasleitungen erstellen oder betreiben) – enthält Tabelle 2 auf S. 1198 f.

tung der Fragen der jeweiligen statistischen Erhebung erforderlich ist (einschl. der Recherche der verlangten Daten und ihrer Übermittlung). Sind mehrere Stellen im Unternehmen oder Betrieb mit der Bearbeitung befasst, soll die Summe der Arbeitszeit aller Beteiligten angegeben werden. Auf die Abfrage der damit verbundenen Kosten wurde verzichtet, um den Bearbeitungsaufwand für die Unternehmen gering zu halten.

Die Zahl der in die amtliche Belastungserhebung einbezogenen berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe lag bei 168 300. Da knapp 75 000 Berichtspflichtige den Belastungsbogen zurückgesandt haben, ergab sich eine durchschnittliche Rücklaufquote von 44,5%. Die Spanne der statistikspezifischen Rücklaufquoten lag zwischen 7,9% bei der dezentralen Statistik über „Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz“ mit 63 Antwortbögen und 84,5% bei der dezentralen Erhebung über „Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft“ mit 1 141 Antwortbögen.

Die Belastungsbogen wurden vom DIW Berlin auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten geprüft. Diese Plausibilitätsprüfung wurde anhand formaler Kriterien und aufgrund inhaltlicher Überlegungen vorgenommen. Außerdem waren die im Belastungsbogen „offenen Fragen“ nach Schwierigkeiten bei der Bearbeitung und nach Verbesserungsvorschlägen zum Erhebungsverfahren mit Hilfe eines vom DIW Berlin entwickelten numerischen Schlüssels zu codieren. Diese außerordentlich zeitaufwändigen Codierungsarbeiten sind zwischen dem DIW Berlin und dem Statistischen Bundesamt aufgeteilt worden.

Die Informationen auf den Belastungsbogen wurden dann um die im Unternehmensregister (URS) gespeicherten Merkmale (Beschäftigte, Umsatz, Wirtschaftszweig, weitere bestehende Meldepflichten zu anderen statistischen Erhebungen) komplettiert, bevor das DIW Berlin die Datensätze für die 74 amtlichen Erhebungen im Statistischen Bundesamt im Wege der Fernrechnung unter Wahrung der statistischen Geheimhaltung mit seinem Programm auswerten konnte.

3.2.2 Ergebnisse der deskriptiven Analyse

Ausgangspunkt der deskriptiven Analyse des Zeitaufwandes sind die Angaben in Tabelle 2 auf S. 1198 f. Sie zeigen die von den betroffenen Unternehmen und Betrieben für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 selbst genannten durchschnittlichen Bearbeitungszeiten in Minuten je Meldevorgang.

Durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand zwischen einer Dreiviertelstunde und 57 ½ Stunden

Aus Vergleichsgründen wurde eine Normierung auf Jahresbasis vorgenommen, das heißt die Zeitangaben für Statistiken mit monatlicher Meldefrequenz wurden mit zwölf und für diejenigen mit vierteljährlicher Meldefrequenz mit vier multipliziert. Zeitangaben für die drei Statistiken mit mehrjährigen Meldefrequenzen wurden dagegen nicht umgerechnet, weil der Meldeaufwand im Jahr 2004 angefallen ist. Die so ermittelten jährlichen Bearbeitungszeiten für die

amtlichen Statistiken wurden in eine Rangfolge gebracht, die zeigt, dass die Intrahandelsstatistik (Statistik 290) mit einem Meldeaufwand von 3 448 Minuten (57 ½ Stunden) den Rang 1 und die Binnenschiffahrtsstatistik (Statistik 307) mit 42 Minuten den Rang 72 belegt.

Der hohe Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik hat verschiedene Gründe: So spielen die im Jahr abgegebenen Meldungen je Handelsweg (Versendungen und Eingänge), die Verteilung der Meldungen auf die Monate und ihre mögliche Kumulierung sowie die Nutzung der verschiedenen Meldeformen (ASCII-Datenträger, ASCII-Online, IDES-Datenträger, IDES-Online, Onlineformular, Papierformular) eine wichtige Rolle. Testrechnungen haben ergeben, dass ein hoher Automatisierungsgrad bei den statistischen Meldungen zu einer Zeitersparnis von bis zu 50% bei den meldenden Berichtseinheiten führen kann.

Besonderheiten wie bei der Intrahandelsstatistik treten auch bei anderen Statistiken auf. So sind bei den mit rund neun Stunden ebenfalls zeitaufwändigen Statistiken Index der Ausführpreise (Statistik 398A auf Rang 15) und Index der Einfuhrpreise (Statistik 398E auf Rang 13) die verschiedenen Meldeformen und spezifische Mengengerüste gleichermaßen von Bedeutung. Die mit knapp 15 Stunden Bearbeitungszeit zu den mit am stärksten belastenden Erhebungen zählende Eisen- und Stahlstatistik (Statistik 016 auf Rang 7) unterscheidet 16 verschiedene Erhebungsbogen, und auch bei der 17 Stunden beanspruchenden monatlichen Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeiten des Gewerbe (Statistik 007 auf Rang 5) ist das Mengengerüst zu beachten. Hier sind in einem einzelnen Fragebogen für jede Güterart Meldenummer, Maßeinheit, produzierte Menge, Verkaufswert und die zur Weiterverarbeitung bestimmte Menge anzugeben.

Fast man die Mittelwerte des jährlichen Meldeaufwandes zu einer Gliederung nach Stunden zusammen, zeigt sich, dass fünf Statistiken weniger als eine Stunde Bearbeitungszeit benötigten, dass aber für zwölf Statistiken mehr als zehn Stunden aufgewendet werden mussten (siehe Schaubild 3 auf S. 1199). Wie nicht anders zu erwarten, waren die monatlichen Statistiken die zeitaufwändigsten Erhebungen, obwohl auch die Meldungen zu den vierteljährlichen Statistiken einen Bearbeitungsaufwand von zwei bis zu zehn Stunden verursachten.

Kein Zusammenhang zwischen Meldeaufwand und Datenquelle

Fragt man nach der Herkunft der Daten für die Erbringung der statistischen Meldungen, lässt Schaubild 3 erkennen, dass die Angaben aus der Buchhaltung in der Regel die wichtigste Quelle darstellen. Alle 23 Statistiken der Zeitaufwandsklasse 1 bis 2 Stunden sowie die Mehrzahl der statistischen Erhebungen in den anderen Zeitaufwandsklassen stützten sich auf die unveränderten und bearbeiteten Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung bzw. aus dem Rechnungswesen. Das bedeutet, dass mit den vorliegenden Ergebnissen nicht belegt werden kann, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Bearbeitung einer Statistik

Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Statistiken im Produzierenden Gewerbe						
001	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	1 198	1 185	77	929	6
002	Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	364	353	78	78	63
007	Monatliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	249	247	85	1 014	5
010	Vierteljährliche Produktionserhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	499	493	99	397	22
011	Investitionserhebung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	181	177	118	118	47
012	Investitionserhebung (Unternehmen) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	875	858	79	79	61
016	Eisen- und Stahlstatistik	118	115	74	886	7
026	Holzstatistik	57	55	123	491	16
028	Düngemittelstatistik	31	30	64	257	32
046	Monatsbericht Bauhauptgewerbe	283	280	93	1 118	4
047	Vierteljährlicher Bericht Ausbaugewerbe	426	420	74	296	28
049	Auftragsbestand Bauhauptgewerbe	101	100	94	377	24
052	Totalerhebung Bauhauptgewerbe	1 527	1 464	67	67	68
053	Jährliche Zusatzerhebung Ausbaugewerbe	842	821	87	87	58
054	Unternehmens- und Investitionserhebung Bauhauptgewerbe	432	428	106	106	49
055	Unternehmens- und Investitionserhebung Ausbaugewerbe	460	452	78	78	62
060	Energieverwendung (Betriebe) im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe .	2 199	2 159	63	63	69
061	Kohleimport und -export	7	6	59	710	9
063	Erhebung über Biotreibstoffe	15	14	180	180	41
064	Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme	112	109	121	121	46
065	Monatsbericht Energie- und Wasserversorgung	174	173	58	695	10
066	Monatsbericht Elektrizitätsversorgung (allgemeine Versorgung)	114	113	70	835	8
067	Stromerzeugungsanlagen zur Eigenversorgung	57	55	269	269	30
068	Monatsbericht allgemeine Gasversorgung	8	7	114	1 372	3
070	Erhebung über die Stromeinspeisung bei Netzbetreibern	96	95	125	125	44
073	Erhebung über Klärgas	272	269	54	54	70
075	Abgabe von Flüssiggas	24	23	81	81	60
076	Investitionserhebung (Betriebe) Energie- und Wasserversorgung	91	90	236	236	34
077	Investitionserhebung (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	176	174	335	335	25
081	Kostenstruktur (Unternehmen) Energie- und Wasserversorgung	237	233	481	481	19
082	Jahreserhebung Abgabe sowie Ein- und Ausfuhr von Gas	191	189	222	222	36
083	Jahreserhebung Stromabsatz und Erlöse	158	155	214	214	38
013	Kostenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe (2003 für 2002)	8 643	8 534	266	266	31
013K	Strukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2002 für 2001)	2 286	2 205	90	90	56
013K (neu)	Strukturserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (2004)	167	158	70	70	67
056	Kostenstruktur Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2003 für 2002)	2 707	2 677	222	222	35
056K	Strukturserhebung Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (2002 für 2001)	2 568	2 491	99	99	50
Statistiken im Handel und Gastgewerbe						
290	Intrahandelsstatistik	2 533	2 507	287	3 448	1
459 d	Monatliche Handelsstatistik (Einzelhandel)	1 180	1 159	36	428	21
459 z	Monatliche Handelsstatistik (Großhandel, Handelsvermittlung)	3 604	3 565	33	394	23
460 (neu)	Jährliche Handelsstatistik	2 074	2 036	97	97	52
460	Jährliche Handelsstatistik (2002 für 2001)	5 868	5 751	126	126	43
466	Monatsbericht im Gastgewerbe	445	428	39	462	20
467	Jährliche Gastgewerbestatistik	681	667	82	82	59
469	Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr	1 320	1 277	40	485	18
Dienstleistungsstatistik, Statistiken zu Freiberuflern und Handelsvertretern						
271	Kostenstruktur Freie Berufe und weitere Dienstleistungen	1 837	1 799	93	93	53
273	Jährliche Dienstleistungsstatistik (Bereiche I und K)	2 882	2 842	97	97	51
274	Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen	663	642	46	185	39
Verkehrsstatistiken						
297	Eisenbahnstatistik (Unternehmens- und Verkehrsstatistik)	87	85	149	1 790	2
300	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Unternehmen)	178	171	272	272	29
301	Personenbeförderung im Straßenverkehr (Verkehr)	135	133	122	487	17
307	Binnenschiffahrtsstatistik (2003 für 2002)	846	814	42	42	72
314	Luffahrtstatistik (2003 für 2002)	230	226	87	87	57

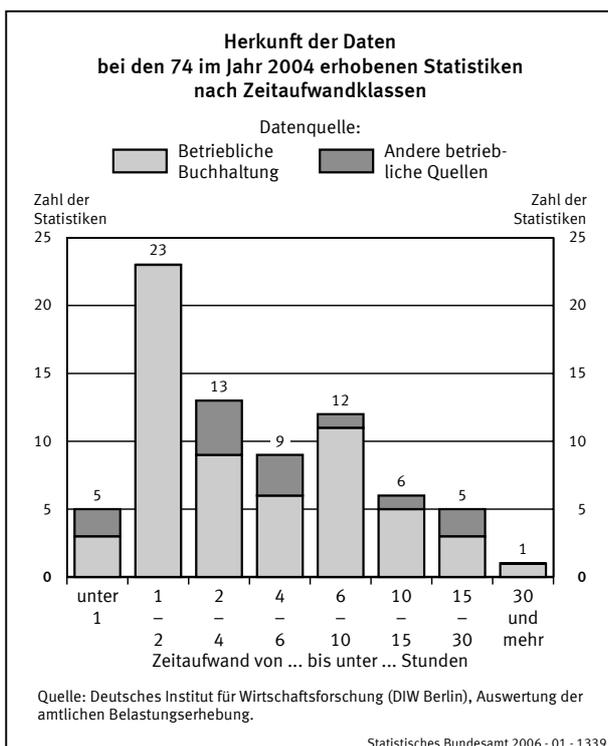
Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

noch Tabelle 2: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004

Stat-Nr.	Bezeichnung der Statistik	Belastungsbogen		Mittelwerte		
		Rücklauf	verwertbare Antworten	der Bearbeitungszeit je Meldevorgang	des jährlichen Meldeaufwandes	
		Anzahl		Minuten	Rangfolge	
Handwerksstatistiken						
040	Vierteljährliche Handwerksberichterstattung (Direktmelder)	2 721	2 645	36	142	42
Umweltstatistiken						
500	Abfallentsorgung in der Entsorgungswirtschaft	1 141	1 113	92	92	54
501	Betriebliche Abfallentsorgung (öffentliche Müllabfuhr)	233	225	184	184	40
513	Einsammeln von Verkaufs-, Um- und Transportverpackungen	296	293	122	122	45
521	Ozonschichtschädigende und klimawirksame Stoffe	352	342	77	77	64
524	Investitionen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe)	3 418	3 350	75	75	65
525	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz (Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe)	6 943	6 770	116	116	48
526	Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	63	60	72	72	66
Lohn- und Gehaltsstatistiken						
411	Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel	567	559	54	215	37
412	Verdiensterhebung im Handwerk	326	316	51	51	71
413	Bruttojahresverdiensterhebung in Industrie und Handel	1 389	1 370	90	90	55
489	Arbeitskostenerhebung	712	695	534	534	14
Preisstatistiken						
390 d + z	Index der Erzeugerpreise des Produzierenden Gewerbes	370	365	26	314	27
391	Index der Erzeugerpreise in der Landwirtschaft	84	81	27	322	26
394 d + z	Index der Großhandelsverkaufspreise	324	322	20	241	33
395	Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	137	136	52	624	12
398E	Index der Einfuhrpreise	1 583	1 509	46	546	13
398A	Index der Ausfuhrpreise	1 424	1 340	44	526	15
401	Index der Baupreise, Neubauten usw.	323	316	57	689	11
Summe ...		74 924	73 316	X	X	X

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) – Auswertung der amtlichen Belastungserhebung.

Schaubild 3



generell steigt, wenn auf andere betriebliche Quellen als auf die Buchhaltung zurückgegriffen wird.

Meldeaufwand steigt mit zunehmender Unternehmensgröße

Eine Analyse des Meldeaufwandes nach Beschäftigtengrößenklassen zeigt, dass der durchschnittliche Zeitaufwand für die Erfüllung der Statistikpflichten mit zunehmender Unternehmens- bzw. Betriebsgröße steigt. So liegen die Bearbeitungszeiten in der Größenklasse mit 20 bis 49 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und teilweise in den Klassen mit mehr als 50 Beschäftigten öfter über als unter dem durchschnittlichen statistikspezifischen Meldeaufwand aller Berichtspflichtigen, in den Größenklassen mit mehr als 250 Beschäftigten sind es sogar mehr als doppelt so viele.

Bei den Kleinstunternehmen mit bis zu neun SV-Beschäftigten bzw. bei den Kleinunternehmen mit zehn bis 19 SV-Beschäftigten war die durchschnittliche Bearbeitungszeit im Jahr 2004 bei 46 bzw. bei 38 Statistiken geringer als der statistikspezifische Mittelwert über alle Größenklassen. Das ist beachtlich, weil es die weit verbreitete Meinung relativiert, nach der die kleinsten und kleinen Unternehmen und Betriebe am meisten von der amtlichen Statistik belastet sind.

Linksschiefe Verteilung der statistikspezifischen Bearbeitungszeit

Betrachtet man die Lokalisations- und Dispersionsmaße der Verteilung des Meldeaufwandes für die einzelnen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 (Standardabweichung, Median, Prozentschwellen, Minima und Maxima), stellt man fest, dass der statistikspezifische Zeitaufwand die Form einer linksschiefen Verteilung hat, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Steigungswinkeln. Das verdeutlicht Schaubild 4 für den Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, das erkennen lässt, dass der Anteil von Beobachtungen mit relativ geringem Zeitaufwand höher ist als der Anteil derer mit großem Aufwand.

Schaubild 4



3.2.3 Ergebnisse der Hochrechnung

Ziel der Hochrechnung ist es, die gesamte zeitliche Belastung der Unternehmen in Deutschland zu bestimmen, die von Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 betroffen waren. Hierzu wurde zum einen auf die Angaben aus dem Unternehmensregister zurückgegriffen, demzufolge

528 500 Einheiten Meldepflichtigen haben, und zum anderen auf die Ergebnisse aus der amtlichen Belastungserhebung über den Zeitaufwand zur Erfüllung der Meldepflichten.

Der Fragebogenrücklauf aus der Belastungserhebung mit mehr als 73 000 verwertbaren Antworten zum Meldeaufwand stellt also die Datenbasis dar, von der auf den Zeitaufwand der Grundgesamtheit geschlossen werden kann, das heißt auf alle zu den Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 meldepflichtigen Unternehmen in der Unterteilung nach Beschäftigtengrößenklassen. Anders als bei vielen anderen Stichprobenerhebungen ist hier eine für die Fragestellung wesentliche Merkmalsverteilung in der Grundgesamtheit aus dem Unternehmensregister prinzipiell bekannt, die Zahl der Meldepflichten der einzelnen Unternehmen zur amtlichen Statistik. Sie ist dadurch bestimmt worden, dass den Unternehmen die im Unternehmensregister gesondert ausgewiesenen Betriebe (Einbetriebs-, Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen) mit ihren jeweiligen Berichtspflichten zugeordnet wurden.

Bei der Hochrechnung wurde versucht, in der Datenbasis der Belastungserhebung vorhandene Verzerrungen durch entsprechende Gewichtung auszuschalten. Das führte dazu, dass die in Tabelle 2 zusammengestellten Angaben der befragten Unternehmen über die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für die Erhebungen der statistischen Ämter sich bei einer Vielzahl von Statistiken mehr oder weniger stark veränderten.

Meldeaufwand aller berichtspflichtigen Unternehmen bei 6,7 Mill. Stunden mit starker Streuung nach Größenklassen

Die Verknüpfung der gewichteten empirischen Befunde mit den Rahmendaten des Unternehmensregisters ergibt für die 528 500 Unternehmen, die im Jahr 2004 von den statistischen Erhebungen betroffen waren, einen Meldeaufwand von rund 6,7 Mill. Stunden (siehe Tabelle 3). Zwar ist der durchschnittliche Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering – das entspricht einem monatlichen Meldeaufwand von 64 Minuten –, aber die Verteilung nach Beschäftigtengrößenklassen und nach Wirtschaftsbereichen differiert sehr stark.

Der Meldeaufwand der Kleinunternehmen mit bis zu neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit fast 42%

Tabelle 3: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Beschäftigtengrößenklassen

Größenklasse nach sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Durchschnittlicher Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	Anzahl	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
Ohne Angabe	141 076	26,7	1 087,5	16,2	7,7	60,6
bis 9	220 845	41,8	1 353,1	20,2	6,1	48,0
10 bis 19	64 260	12,1	610,9	9,1	9,5	74,8
20 bis 49	55 554	10,5	1 267,8	18,9	22,8	179,5
50 bis 249	37 357	7,1	1 467,6	21,9	39,3	309,4
250 bis 499	5 056	1,0	382,7	5,7	75,7	596,1
500 und mehr	4 387	0,8	536,6	8,0	122,3	963,0
Insgesamt ...	528 535	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, macht mit beinahe 1,4 Mill. Stunden ein Fünftel des gesamten Zeitaufwandes für amtliche Statistiken aus. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit liegt bei 6,1 Stunden, was der Hälfte des gesamten durchschnittlichen Meldeaufwandes entspricht. Bezieht man den Meldeaufwand auf die rund 707 000 Beschäftigten in den Kleinstunternehmen, erhält man einen Aufwand je Beschäftigten von 1,9 Stunden. Dieser Wert ist sechsmal größer als der Durchschnitt über alle meldepflichtigen Unternehmen.

Umgekehrt verhält es sich mit der Klasse der Großunternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten. Auf sie entfallen 0,8% des gesamten Meldeaufwandes bei einer durchschnittlichen jährlichen Bearbeitungszeit je meldepflichtigem Unternehmen von 122,3 Stunden, also zehnmal so viel wie der jahresdurchschnittliche Meldeaufwand aller betroffenen Unternehmen. Der durchschnittliche Zeitaufwand für Statistikpflichtigen je Beschäftigten liegt hier bei 0,1 Stunden. Die erwähnten Ergebnisse aus Tabelle 3 bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitten bei Aussagen über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist.

Meldeaufwand steigt in Abhängigkeit von der Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Der bei der Ermittlung des tatsächlichen Meldeaufwandes zugrunde gelegte Umfang der Meldepflichten der im Unternehmensregister enthaltenen Unternehmen macht es möglich, die aufgewendete Zeit nach der Zahl der Statistiken zu klassifizieren. Dann wird deutlich, dass ein Drittel des gesamten Meldeaufwandes im Jahr 2004 auf die knapp 375 000 Unternehmen entfiel, die von nur einer Statistik betroffen waren. Der durchschnittliche Zeitaufwand je meldepflichtigem Unternehmen lag hier bei 5,8 Stunden (siehe Tabelle 4).

Fasst man alle von bis zu drei Statistiken betroffenen Unternehmen zusammen – sie machen bereits knapp 90% aller Berichtspflichtigen aus –, kommt man auf einen Anteil von fast 54% am gesamten Meldeaufwand. Das führt zu einem

durchschnittlichen Meldeaufwand je berichtspflichtigem Unternehmen von 7,7 Stunden. Von zehn und mehr Statistiken, für die 12,3% der gesamten Bearbeitungszeit mit einer durchschnittlichen Stundenzahl von 141,3 je Berichtspflichtigem aufgewendet wurden, waren knapp 5 800 Unternehmen, also 1,1% aller Meldepflichtigen tangiert. Darunter sind 67 Unternehmen, die im Jahr 2004 zu 18 und mehr Erhebungen der statistischen Ämter melden mussten.

Elf Statistiken verursachen 81% des gesamten Meldeaufwandes, die Hälfte davon entfällt auf die Intrahandelsstatistik

Eine Spezifizierung des im Jahr 2004 erbrachten Meldeaufwandes von 6,7 Mill. Stunden nach den einzelnen Statistiken liefert eine Information über die Betroffenheit der nach Beschäftigtengrößenklassen gruppierten Unternehmen und über den dadurch verursachten Zeitaufwand. Es zeigt sich, dass der Meldeaufwand zwischen 415 Stunden bei der Düngemittelstatistik (Statistik 028) und knapp 2,8 Mill. Stunden bei der Intrahandelsstatistik (Statistik 290) liegt. Zum Zeitaufwand für die Düngemittelstatistik haben 67 Meldungen beigetragen, von denen jeweils elf aus den Größenklassen 20 bis 49 Beschäftigte und 500 und mehr Beschäftigte stammen. Der Zeitaufwand für die Intrahandelsstatistik erklärt sich durch 57 233 Meldungen, von denen die meisten auf die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten zurückgehen, die Onlineverfahren nicht so stark nutzen wie größere Unternehmen.

Die Intrahandelsstatistik ist es, die von allen Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 – nicht nur in Deutschland⁵⁾ – den höchsten zeitlichen Aufwand verursacht hat. Auf sie entfielen fast 42% des gesamten Meldeaufwandes (siehe Schaubild 5), was einem jährlichen durchschnittlichen Aufwand von 49 Stunden entspricht. Der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Statistik 001) war mit durchschnittlich 18 Stunden im Jahr für ein Neuntel des Zeitaufwandes verantwortlich, die gleiche zeitliche Belastung verursachten zusammengenommen der Monatsbericht Beherbergung im Reiseverkehr (Statistik 469) und die vierjährige Arbeitskostenerhebung (Statistik

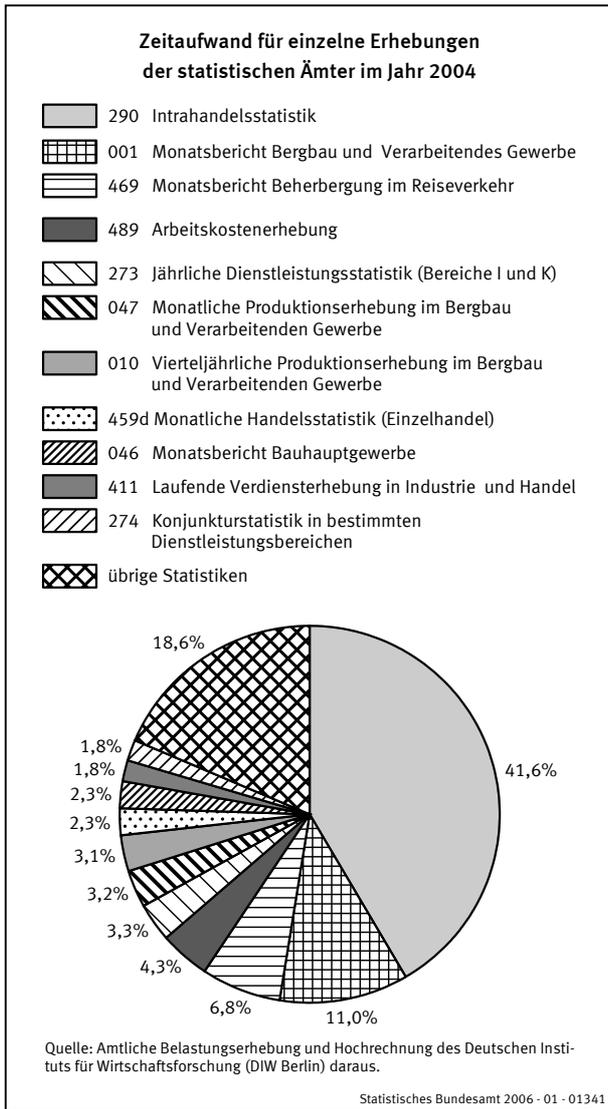
Tabelle 4: Meldepflichtige Unternehmen und ihr Meldeaufwand für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Zahl der zu bearbeitenden Statistiken

Zahl der zu bearbeitenden Statistiken	Meldepflichtige Unternehmen		Meldeaufwand		Aufwand je meldepflichtigem Unternehmen	
	1 000	%	1 000 Stunden	%	Stunden	Index
1 Statistik	374,6	70,9	2 198,8	32,8	5,8	45,7
2 Statistiken	73,9	14,0	844,4	12,6	11,4	89,8
3 Statistiken	22,8	4,3	564,9	8,4	24,7	194,5
4 Statistiken	18,0	3,4	500,7	7,5	27,8	218,9
5 Statistiken	12,5	2,4	500,4	7,5	39,9	314,2
6 Statistiken	8,1	1,5	418,3	6,4	51,4	404,7
7 Statistiken	5,7	1,1	33,9	5,0	58,1	457,5
8 Statistiken	4,1	0,8	274,1	4,1	67,3	529,9
9 Statistiken	2,9	0,6	238,7	3,6	80,9	837,0
10 und mehr Statistiken ..	5,8	1,1	82,1	12,3	141,3	1 112,3
Insgesamt ...	528,4	100	6 706,2	100	12,7	100

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

5) In Österreich entfielen im Jahr 2004 fast 59% des gesamten Meldeaufwandes für STATISTIK AUSTRIA auf die Intrahandelsstatistik.

Schaubild 5



489). Elf Statistiken waren für 81% des gesamten statistischen Meldeaufwandes im Jahr 2004 verantwortlich.

Verarbeitendes Gewerbe am stärksten von Statistiken belastet

Im Rahmen der Hochrechnung ist der Meldeaufwand der Unternehmen auch nach Wirtschaftsbereichen ermittelt worden. Zugrunde gelegt wurden die durch Einzelbuchstaben definierten Abschnitte der WZ 2003, die bereits bei der Auswertung des Unternehmensregisters nach meldepflichtigen und nicht meldepflichtigen Berichtseinheiten Anwendung fanden (siehe Schaubild 2).

Die Ergebnisanalyse macht deutlich, dass der größte Meldeaufwand vom Verarbeitenden Gewerbe (Abschnitt D), vom Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern“ (Abschnitt G) und vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen“ (Abschnitt K) erbracht wird (siehe Tabelle 5). Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für

die Erhebungen der statistischen Ämter liegen hier bei 35,4 Stunden, bei 19,8 Stunden und bei 5,8 Stunden. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind es die Unternehmen der drei Unterabschnitte „Maschinenbau“, „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ und „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“, die mit einem Anteil von 45% an allen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gut 46% des Meldeaufwandes von 2,6 Mill. Stunden erbringen.

Tabelle 5: Meldeaufwand der Unternehmen für die Erhebungen der statistischen Ämter im Jahr 2004 nach Wirtschaftsabschnitten¹⁾

Wirtschaftszweig ¹⁾	Unternehmen	Meldeaufwand	Meldeaufwand je Unternehmen
	1 000	1 000 Stunden	Stunden
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	1,5	50,9	35,0
D Verarbeitendes Gewerbe	73,7	2 611,1	35,4
E Energie- und Wasserversorgung ..	3,2	105,5	32,6
F Baugewerbe	113,1	528,3	4,7
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Gebrauchsgütern	89,1	1 759,6	19,8
H Gastgewerbe	60,1	531,1	8,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37,5	170,7	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe ..	2,6	35,1	13,6
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung; Dienstleistungen für Unternehmen	131,6	767,7	5,8
L Öffentliche Verwaltung	2,3	20,0	8,8
M Erziehung und Unterricht	0,3	4,9	17,4
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,3	33,5	14,3
O Sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	11,3	69,8	6,2

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Quelle: Amtliche Belastungserhebung und Hochrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) daraus.

3.2.4 Ansatzpunkte zur Entlastung von statistischen Meldepflichten

In der amtlichen Belastungserhebung ist in zwei „offenen Fragen“ auch nach „Schwierigkeiten bei der Beantwortung“ und nach „Anregungen zur Verbesserung oder Erleichterung der Erhebungen“ gefragt worden. Obwohl nur knapp ein Fünftel aller Belastungsbogen verbale Antworten enthielt, ist der mit der Erhebung gewonnene Fundus an Informationen beachtlich: Von fast 12 900 Befragten liegen insgesamt rund 18 800 Anmerkungen vor.

Klassifizierung der von den Unternehmen genannten Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge

Die Anmerkungen wurden nach einem vom DIW Berlin entwickelten Codierungsschema acht Hauptgruppen zugeordnet, durch die der Inhalt der Antworten abgedeckt werden konnte. Die als Kritik gewerteten Kommentare

wurden als „allgemeine Kritik“, „terminliche/technische Probleme“ und „begriffliche/inhaltliche Probleme“ differenziert, die als Vorschläge eingestuften Aussagen unter den Stichworten „unspezifische Vorschläge“, „allgemeine Verfahrensvorschläge“, „erhebungstechnische Vorschläge“ sowie „Vorschläge zu den Befragungsinhalten“ eingeordnet. Alle anderen Bemerkungen und Hinweise wurden in der achten Hauptgruppe registriert.

Zur Herausarbeitung der konkreten Kritikpunkte und der Änderungsvorschläge zur Gestaltung der Inhalte der Statistiken sind die Hauptgruppen des Codierungsschemas nach Gruppen weiter unterteilt worden. Aufgenommen wurden Einzelcodes für die Gruppe „geforderte Angaben im betrieblichen Berichtssystem so nicht erfasst“ und für die Gruppe „einzelne Sachverhalte werden in zu tiefer Differenzierung erfragt“, jeweils differenziert danach, ob der Fragebogen konkrete Beispiele enthält oder nicht und wie die Befragten mit der für sie nicht erfüllbaren Berichtspflicht umgehen („Daten werden geschätzt“). Die Darstellung wird ergänzt um die damit spiegelbildlich verbundenen Vorschläge zur Änderung der Erhebungsinhalte.

Größere Schwierigkeiten bei komplexen Statistiken

Probleme damit, die erfragten Sachverhalte oder zumindest wichtige einzelne Tatbestände dem betrieblichen Berichtssystem direkt zu entnehmen, häufen sich erwartungsgemäß vor allem bei den statistischen Erhebungen, deren Fragenprogramm besonders umfangreich und komplex ist. Im Mittel über alle Statistiken sind die Anteilswerte der hier betrachteten Gruppen mit 11% vergleichsweise niedrig. Dabei ist der Anteil der Anmerkungen mit Beispielen mit 8,1% deutlich höher als jener der allgemein gehaltenen Aussagen (2,9%).

Besonders große Probleme, die geforderten Daten dem betrieblichen Rechnungswesen zu entnehmen, ergeben sich den Anmerkungen zufolge bei Umweltstatistiken, insbesondere bei der für das Produzierende Gewerbe (Statistik 525) mit 20%, der jährlichen Handelsstatistik (Statistik 460) mit 25%, bei den Kostenstrukturerhebungen (Statistik 013: 23,9%; Statistik 056: 19,8%; Statistik 271: 19,1%) und vor allem bei der Arbeitskostenerhebung (Statistik 489), bei der nahezu jede zweite Anmerkung dieses Problem betrifft. Letztere führt die Rangfolge der mit Beispielen unterlegten Kritikpunkte an, gefolgt von der Statistik zur Energieverwendung und den Handelsstatistiken.

Ein ähnliches Bild – im Mittel wie bei der Verteilung über die einzelnen Statistiken – zeigt sich bei der Kritik an einzelnen Sachverhalten. Neben der generellen Kritik an der „wirklichkeitsfremden“ Abfrage von Unternehmensdaten gibt es eine ganze Reihe von Hinweisen auf einzelne Sachverhalte, die in der geforderten Differenzierung im Unternehmen bzw. Betrieb nicht oder nicht mehr erfasst werden. Derartige, mit Beispielen belegte Kritikpunkte häufen sich wiederum bei den Strukturerhebungen, insbesondere bei der unter den Kleinst- und Kleinunternehmen des Ver-

arbeitenden Gewerbes (Statistik 013K), bei den Handelsstatistiken und der Statistik der Energieverwendung (Statistik 060).

Wichtige Kritikpunkte und am meisten genannte Entlastungsvorschläge

Fasst man die umfangreichen quantitativen Aussagen der Teilnehmer der amtlichen Belastungserhebung zusammen, zeigen die Antworten auf die Frage nach Schwierigkeiten mit jeweils einer speziellen Statistik ein breites Spektrum von Tatbeständen, die als mehr oder weniger große Probleme wahrgenommen werden. Zugleich gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie diese Probleme behoben oder zumindest verringert werden können. Dabei haben sich Fragen der terminlichen wie begrifflichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Statistiken, die Häufung der Auskunftspflichten bei einem relativ kleinen Kreis von Unternehmen sowie die Überforderung der Berichtssysteme vor allem kleinerer Unternehmen durch sehr differenzierte Datenanforderungen als Kritikschwerpunkte herausgestellt.

Um die Beanspruchung zu verringern, wird die verstärkte Nutzung anderer Datenquellen, insbesondere solcher der Verwaltung, die Straffung des Erhebungsprogramms sowie eine Anpassung der Begrifflichkeiten an die betrieblichen Informationssysteme gefordert. Welche Bedeutung der Kritik und den Empfehlungen zukommt, mag im Einzelfall ohne Detailkenntnis schwer einzuschätzen sein. Die hier dokumentierte Häufung bestimmter Kritikpunkte sollte aber in jedem Fall zum Anlass genommen werden, nach Abhilfe zu suchen.

Soweit es sich um Probleme praktischer Abläufe wie die Handhabung von Terminen oder die Vermeidung von Häufungen der Auskunftspflichten handelt, zum Beispiel durch die Einrichtung eines zentralen Datenpools, sind die statistischen Ämter Adressat dieser Aufforderung. Damit sollen ihre permanenten Bemühungen um Entlastung der Befragten nicht ignoriert werden, zumal diese ja auch von den Auskunftspflichtigen anerkannt werden. Gleichwohl scheinen im Detail weitere Verbesserungen erforderlich und möglich zu sein. Eine benutzerfreundliche Gestaltung der Fragebogen oder der weitere Ausbau elektronischer Meldewege sind Beispiele dafür.

Schwieriger scheint es schon, die von den Befragten geforderte Straffung des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik oder eine an der Unternehmenswirklichkeit orientierte Begrifflichkeit bei einzelnen Befragungen zu erreichen. Hier sind die Interessen unterschiedlicher Nutzerkreise betroffen, die erfahrungsgemäß für eine Verringerung des Angebots an den von ihnen mehr oder weniger dringend benötigten Informationen nur schwer zu gewinnen sind. Hier sind letztlich Einsicht und Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaftsverbänden und dem Gesetzgeber als den Hauptnutzern der Daten gefordert.

3.3 Auswertung der Unternehmensbefragung und der Interviews des DIW Berlin

3.3.1 Messlatte zur Einordnung der Belastung durch amtliche Statistiken in eine Gesamtbelastung durch bürokratische Informationspflichten

Zur Gewinnung von Informationen über die Belastung der Unternehmen durch nicht amtliche Statistiken, über das Verhältnis des Aufwandes für amtliche Statistiken zu dem für andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung sowie über den Nutzen der amtlichen Statistik hat das DIW Berlin im Anschluss an die amtliche Belastungserhebung eine weitere schriftliche Befragung durchgeführt; diese richtete sich an Unternehmen, die sich bei der amtlichen Erhebung mit einer ergänzenden Befragung durch das DIW Berlin einverstanden erklärt hatten. Außerdem wurden 31 Interviews bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführt.

Definition und Abgrenzung von Informationspflichten

Die Informationsgewinnung durch die zusätzliche Befragung setzte eine Begriffsklärung voraus, die komplizierter war, als es auf den ersten Blick schien. So musste der im Fragebogen enthaltene Themenkomplex „statistische Meldungen“ definiert und von den amtlichen Statistiken abgegrenzt werden; ebenso war der Themenkomplex „Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung“ einzugrenzen.

Für den ersten Fragenkomplex wurde eine pragmatische Lösung gewählt, indem bei der Frage nach den Urhebern und der Zahl der Anfragen einige Institutionen vorgegeben wurden, die erfahrungsgemäß statistische Meldungen anfordern oder erbitten. Durch die Berücksichtigung der Auskünfte ohne rechtliche Verpflichtungen sollte ein Überblick über die von den Unternehmen freiwillig erbrachten statistischen Meldungen gewonnen werden.

Für den zweiten Fragenkomplex über den Umfang der Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung, definiert durch Leistungen zur Einhaltung von gesetzlichen Melde- oder Informationspflichten, wurde fragetechnisch eine Mischform gewählt. Eine prinzipiell „offene Frage“ wurde mit Teilvergaben für jene Bereiche (Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen, Produktion und Leistungserstellung) kombiniert, bei denen den Unternehmen traditionsgemäß ein hoher Berichts- und Aufzeichnungsaufwand entsteht. Damit stellt die Differenzierung der Themen im DIW-Fragebogen einen Kompromiss zwischen der wünschenswerten Genauigkeit der Abfrage und der Zumutbarkeit für die befragten Unternehmen dar.

Geringe Beteiligung der auskunftsbereiten Unternehmen

Die Bereitschaft der an der amtlichen Belastungserhebung beteiligten Unternehmen, für eine zusätzliche Befragung durch das DIW Berlin zur Verfügung zu stehen, war geringer als erwartet. Von den knapp 5000 auskunftswilligen Berichtseinheiten, von denen nach Bereinigung auf Unternehmensbasis rund 4500 Einheiten übrig blieben, haben 1031 den Fragebogen ausgefüllt: Das entspricht einer Rücklaufquote von 23,3%. Diese für ein Sample aus prinzipiell auskunftswilligen Teilnehmern geringe Zahl von Antworten erklärt sich wohl vor allem dadurch, dass die Bereitschaft in Unkenntnis des doch relativ zeitaufwändigen DIW-Fragenkatalogs erklärt worden war.

Nach der Prüfung der Fragebogen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit der Antworten konnten schließlich 959 Bogen als verwertbar und beim zentralen Thema, dem Zeitaufwand für verschiedene Meldepflichten, als plausibel eingestuft werden. Damit hat das Antwortsample absolut genommen wie auch im Vergleich zu anderen Untersuchungen einen durchaus akzeptablen Umfang, obwohl tief gegliederten Analysen relativ enge Grenzen gesetzt sind.

Darüber hinaus weist das Sample eine Verzerrung auf, weil die Beschränkung auf die auskunftswilligen Unternehmen der amtlichen Belastungserhebung einen mehrstufigen Selektionsprozess impliziert; als Resultat sind größere Unternehmen und solche mit etwas überdurchschnittlichem Meldeaufwand überrepräsentiert. Dieses Übergewicht hält sich nach Auffassung des DIW Berlin zwar in vertretbaren Grenzen, jedoch ist nicht auszuschließen, dass die Verzerrung Rückwirkungen auf den Umfang und den Zeitaufwand der anderen Berichtspflichten hat. Die Ergebnisse dürften insofern über dem Durchschnitt der Gesamtheit aller betroffenen Unternehmen liegen.

3.3.2 Ergebnisse der zusätzlichen DIW-Befragung

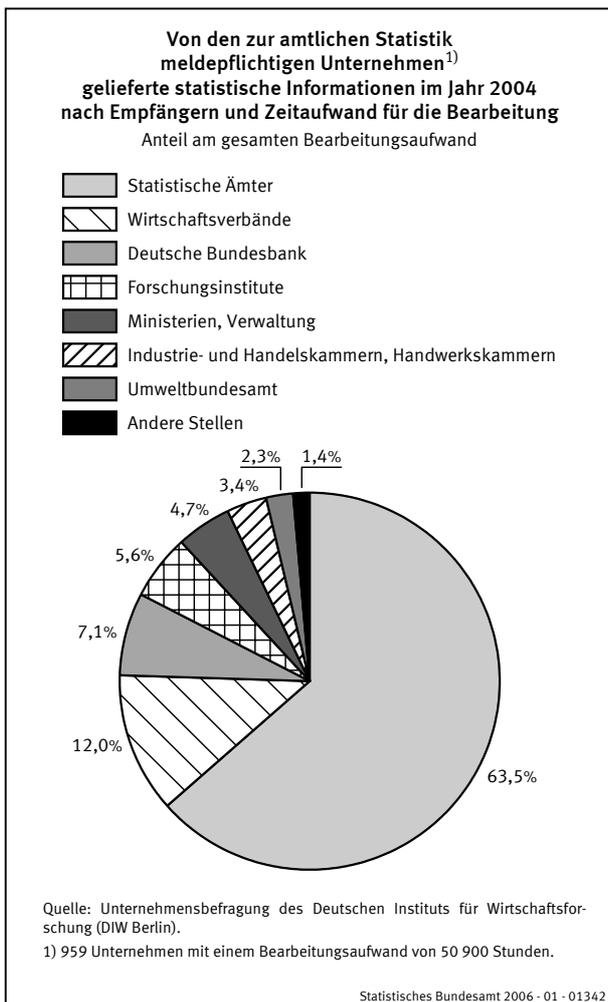
Für die Unternehmen, die im Jahr 2004 zur amtlichen Statistik meldepflichtig waren, konnte durch die DIW-Befragung auch der Zeitaufwand ermittelt werden, den sie für die Beantwortung der Anfragen erbringen müssen, die von anderen Stellen als den statistischen Ämtern an sie gerichtet werden.

Zwei Drittel der gelieferten statistischen Informationen entfallen auf amtliche Statistiken

Bei den statistischen Anfragen im engeren Sinn überwiegen die Meldungen an die statistischen Ämter, knapp zwei Drittel des Bearbeitungsaufwandes der Unternehmen entfällt auf sie (siehe Schaubild 6). Hinzu kommen statistische Meldepflichten an die Deutsche Bundesbank⁶⁾, soweit aus den Antworten ersichtlich, gemäß dem Außenwirtschaftsgesetz. Bei den anderen Meldungen dominieren die Anforderungen der Wirtschaftsverbände. Sie und die Kammern beanspruchen zusammen 15,4% der Arbeitszeit, die von den Unternehmen für statistische Meldungen aufgebracht werden

⁶⁾ Die Meldungen an die Deutsche Bundesbank werden bei anderer als der hier verwendeten Abgrenzung häufig auch zur amtlichen Statistik gezählt.

Schaubild 6



muss. Allerdings handelt es sich bei diesen Meldungen überwiegend um freiwillig erteilte Auskünfte.

Freiwillig ist auch die Beantwortung der Auskunftersuchen von Forschungsinstituten, auf die 5,6% des Bearbeitungsaufwandes entfällt. Nicht genau klären ließ sich der Status von Meldungen, die den Angaben der Befragten zufolge von den verschiedenen Ministerien und Verwaltungsstellen angefordert werden. In der Gesamtbetrachtung vergleichsweise unbedeutend sind die übrigen Institutionen, von denen nur die Meldungen an das Umweltbundesamt mit 2,3% der insgesamt erforderlichen Bearbeitungszeit einen nennenswerten Aufwand verursachten. Dabei liegt es offenbar an der Zusammensetzung des Samples, dass beispielsweise Meldepflichten gegenüber dem Kraftfahrt-Bundesamt oder dem Bundesamt für Güterverkehr nur selten genannt wurden.

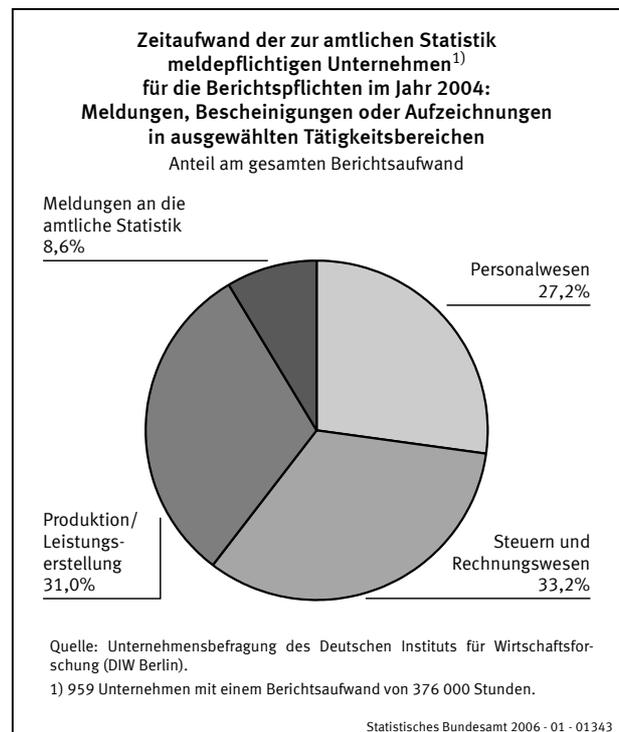
Zeitaufwand für andere Informationspflichten zehnmal höher als für die amtliche Statistik

Bei der Ermittlung des Zeitaufwandes für die Beanspruchung der Unternehmen durch andere Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung wurde der Fokus auf gesetzliche Melde- und Informationspflichten im Zusammenhang mit

bestimmten Tätigkeitsfeldern der Berichtseinheiten gelegt. Dies steht im Einklang mit der Begrifflichkeit des in den Niederlanden konzipierten Standardkosten-Modells, das die Bundesregierung zum Vorbild für ihre Vorgehensweise beim Bürokratieabbau nehmen will. Jedoch wurden in die DIW-Befragung zum Teil auch Melde- und Informationspflichten einbezogen, die der Kontrolle der Unternehmensaktivitäten dienen (z. B. Einhaltung von Umweltschutzaufgaben, Zollbestimmungen, Arbeitsschutzaufgaben).

Ziel der Befragung war es nicht, den Zeitaufwand der zur amtlichen Statistik meldenden Unternehmen für einzelne Berichtspflichten präzise zu erfassen, sondern Größenordnungen für Vergleichszwecke zu ermitteln. So lassen die Befragungsergebnisse erkennen, dass Aufzeichnung und Weitergabe von Informationen oder auch das Ausstellen von Bescheinigungen im Zusammenhang mit Personalwesen, Steuer- und Rechnungswesen sowie Produktion und Leistungserstellung in der Summe der Unternehmen mit rund 27 bis 33% des gesamten Zeitaufwandes annähernd gleich große Belastungen darstellen (siehe Schaubild 7). Im Vergleich dazu ist der Aufwand für die Pflichtmeldungen zur amtlichen Statistik gering. Nur knapp 9% des Zeitaufwandes für bürokratische Informationspflichten ist durch die Anforderungen der amtlichen Statistik verursacht.

Schaubild 7



Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die den Berechnungen zugrunde liegende Grundgesamtheit nur die rund 15% der Unternehmen in Deutschland umfasst, die im Jahr 2004 zu den Erhebungen der statistischen Ämter herangezogen wurden. Über die Inanspruchnahme der übrigen Unternehmen durch Melde- und Informationspflichten außerhalb der amtlichen Statistik ist genau

genommen keine Aussage möglich. Es darf jedoch angenommen werden, dass diese Unternehmen, die überwiegend Kleinst- und Kleinunternehmen sind, im Durchschnitt einen geringeren Zeitaufwand für nicht amtliche Statistiken und wohl kaum einen höheren für andere Melde- und Informationspflichten erbringen müssen als der hier untersuchte Kreis. Insgesamt betrachtet verringert die Berücksichtigung dieses Sachverhaltes dennoch nochmals den Anteil, den die amtliche Statistik an „Bürokratielasten“ hat.

3.3.3 Nutzen amtlicher Statistik

Im Rahmen der ergänzenden Unternehmensbefragung des DIW Berlin und bei den Interviews wurde auch nach der Nutzung und dem Nutzen von Daten der amtlichen Statistik gefragt. Es zeigte sich, dass knapp 30% der rund 1000 befragten Unternehmen Informationen der statistischen Ämter, aber in gleichem Umfang auch Statistiken der Kammern und anderer Stellen nutzen. Berichte von Forschungsinstituten werden etwas stärker genutzt, und die Statistiken der Verbände finden bei 45% der Unternehmen Verwendung. Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz von Unternehmen, die „keine Datennutzung“ angegeben haben; dieser liegt bei allen Informationsquellen – mit Ausnahme der Verbandsstatistiken – in der Größenordnung von 70%.

Wirtschaft als wichtiger Nutzer amtlicher Statistik

Die Aussagen zum Nutzen amtlicher Statistiken für die Wirtschaft, die aufgrund der eigenen Nutzerbefragung sehr begrenzt sind, lassen sich durch den Rückgriff auf die Ergebnisse breiter angelegter Nutzerumfragen erweitern. So haben die vom Statistischen Bundesamt und von der Deutschen Bundesbank bei ausgewählten Nutzern Anfang 2005 durchgeführten freiwilligen Erhebungen, die für das Datenmodul eines Berichtes über Deutschland des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestimmt waren, bestätigt, dass der Verwendungszweck statistischer Daten über ihren Nutzen entscheidet.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Wirtschaft – repräsentiert durch Unternehmen, Banken, Verbände und Gewerkschaften – die meisten Daten der amtlichen Statistik für kurzfristige Entscheidungen und für längerfristige politische Ziele verwendet. Aber auch für ökonometrische Modelle und für Prognosen werden die amtlichen Datensätze herangezogen. Dabei interessieren vorrangig Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, den Zahlungsbilanzstatistiken, den Außenhandels- sowie den Produktions- und Preisstatistiken.

Nutzen bei Kleinunternehmen stärker verdeutlichen

Die bei ausgewählten Unternehmen und Verbänden geführten Interviews und Gespräche haben gezeigt, dass die amtliche Statistik für größere Unternehmen zwar unmittelbar wichtig ist, dass ihr mittelbarer Nutzen durch den starken Rückgriff der Unternehmen auf Forschungsberichte und andere Expertisen aber noch größer ist. Kleinen Unternehmen ist der Nutzen von Statistiken, zu denen sie selbst beitragen, oft überhaupt nicht bewusst, sodass diese selten darauf zurückgreifen. Hier sind die statistischen Ämter gefordert, den befragten Unternehmen den Nutzen und den

Wert von Erhebungen zu verdeutlichen, um das vorhandene Nutzenpotenzial auszuschöpfen. „Nicht immer nur Paragraphen zum Fragebogen nennen, sondern auch mal Hinweise geben, was mit unseren Angaben geschieht“, lautete oft der Tenor der interviewten Kleinunternehmen.

Andererseits muss die Wirtschaft stärker ihren eigentlichen Nutzerbedarf artikulieren, damit die knappen Ressourcen der amtlichen Statistik effizient eingesetzt werden können. Das setzt voraus, dass der Kontakt zwischen den statistischen Ämtern auf der einen Seite und den Unternehmen als den Auskunftgebenden und gleichzeitig potenziellen Nutzern auf der anderen Seite intensiviert wird. Dabei gilt es auch, die Aufwand-Nutzen-Relation, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Thesenpapier „sowohl von den Meldern als auch von den Verwendern statistischer Daten nicht als ausgewogen empfunden wird“, bei den amtlichen Statistiken ins Gleichgewicht zu bringen.

Einseitige Kosten- und Belastungsdiskussion durch Nutzenüberlegungen ergänzen

Nicht nur für die Wirtschaft, auch für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ist die amtliche Statistik unverzichtbar, obwohl ihr Nutzen von den verschiedenen Anwendergruppen nicht immer so eingeschätzt wird. Anhand von Beispielen wird gezeigt, welche Bedeutung die amtliche Statistik für die nationale Politik, aber auch für die Gemeinschaftspolitik der Europäischen Union hat, und was sein würde, wenn es bestimmte Statistiken nicht (mehr) gäbe. Die politisch Verantwortlichen werden aufgefordert, ihr Verständnis von amtlicher Statistik als primär bürokratischer, obrigkeitlicher Aktivität aufzugeben mit der Folge einer Unterstützung anstatt einer weiteren Beschneidung. Die teilweise einseitige Sichtweise auf Kosten und Belastung muss durch eine Berücksichtigung der Nutzenseite ergänzt werden.

Gemeinsam mit den statistischen Ämtern sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, wie die deutsche amtliche Statistik das Nebeneinander von europäischen und nationalen Interessen bei der starken Stellung der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank („Europe first“) bewältigen kann. Das ist deshalb so wichtig, weil schon heute fast zwei Drittel der Wirtschaftsstatistik in Deutschland auf Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union zurückgehen. Und als Folge des Lissabon-Prozesses ist eher mit einer Zunahme von statistischen Indikatoren zur politischen Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung zu rechnen als mit einem Abbau der europäischen Statistikanforderungen.

Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik notwendig

Darüber hinaus ist die Politik aufgerufen, im nationalen Rahmen für eine Flexibilisierung der Rechtsgrundlagen zu sorgen, um eine schnelle Reaktion der statistischen Ämter auf akut auftretende Fragen sicherzustellen. Diese sind oft Folge gesellschaftlicher Veränderungen, für deren Akzeptanz in der Bevölkerung die Medien, aber auch die politischen Mandatsträger Verantwortung tragen. Hierzu ist es erforderlich, der Gesellschaft die Bedeutung von amtlichen Statistiken als öffentliches Gut stärker bewusst zu machen.

Die Wissenschaft wird aufgefordert, die teilweise immer noch vorhandene Kommunikationsbarriere zwischen ihren Datennutzern und den statistischen Ämtern als den Datenproduzenten zu überwinden. Es ist zu hoffen, dass die Bestrebungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten zur besseren Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weitere Erfolge zeigen und dass die Weiterführung der Forschungsdatenzentren, für die plädiert wird, mit einem noch umfangreicheren, kostenfreien Datenangebot zu einer stärkeren Anerkennung des Nutzens amtlicher Statistiken führt.

4 Die amtliche Statistik in aktuellen Untersuchungen zum Thema „Bürokratielasten“

Eine überblicksartige Analyse der vorliegenden Untersuchungen zur Bürokratiebelastung zeigt, dass Meldepflichten zur amtlichen Statistik nur als eines von vielen Elementen „bürokratischer Lasten“ betrachtet werden. Die Studien beschränken sich oft auf einzelne Bereiche der Wirtschaft, ihre empirische Basis ist teilweise schwach, und die Befunde müssen wegen des Zeitablaufs als veraltet gelten. Eine Ausnahme bilden die jüngsten Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM).

Die viel zitierte IfM-Untersuchung „Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen“ aus dem Jahr 2003 hatte das Ziel, die auf die Wirtschaft „überwältigten Bürokratiekosten“ zu quantifizieren. Dies wurde auf der Grundlage einer schriftlichen Befragung von 1 220 Unternehmen verschiedener Wirtschaftszweige vorgenommen.

Bedeutung der Statistikbelastung im Rahmen von Bürokratielasten gering

In der Studie wurde neben „Bürokratiefeldern“ (Ermittlung und Abführung von Steuern, Sozialversicherung, Arbeitsrecht/-schutz, Umweltschutz) auch nach statistischen Auskunftsbefragen verschiedener Institutionen gefragt (Bundesbehörden, Landes- und Kommunalbehörden, Berufsgenossenschaften, Kammern und Verbände, andere) und jeweils die Angabe der Zahl der jährlich abzugebenden Meldungen erbeten. Für die einzelnen Felder sollte zudem auf einer Skala von 1 bis 5 eine Bewertung der Schwere der Belastung durch die befragten Unternehmen vorgenommen werden.

Eine pauschale Schätzung des Zeitaufwandes für „bürokratiebedingte Pflichten“ und der Gesamtkosten sowie eine Aufteilung der Kosten auf die verschiedenen Bürokratiefelder rundete die geforderten Angaben ab. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass insbesondere die „Statistik“ von den Unternehmen als sehr belastend empfunden wird, dass sie aber im Gesamtgefüge des Zeit- und Kostenaufwandes für die verschiedenen „Bürokratielasten“ eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat.

Vom DIW Berlin ermittelter geringer Meldeaufwand für amtliche Statistiken durch andere Studien bestätigt

Die Folgeuntersuchung des IfM zur „Ermittlung bürokratischer Kostenbelastungen in ausgewählten Bereichen“ aus dem Jahr 2005 geht grundsätzlich anders vor als die Vorgängerstudie. Sie konzentriert sich auf die Messung des Zeitaufwandes ausgewählter Aktivitäten in den Unternehmen, darunter auch für die Bearbeitung ausgewählter Statistiken (Verdienststatistiken und Intrahandelsstatistik) mit REFA-Methoden. In Anbetracht des aufwändigen Messverfahrens mit dem Stoppuhr-Modell war dies nur mittels Fallstudien möglich, hat aber zu zuverlässigen individuellen Beobachtungen geführt. Die Untersuchungsergebnisse bestätigen für die ausgewählten amtlichen Statistiken im Wesentlichen den in der DIW-Belastungsstudie dafür ermittelten zeitlichen Meldeaufwand.

Die überblicksartige Auswertung der anderen Bürokratiekosten-Studien zeigt, dass die Bürokratiebelastung allgemein mit zunehmender Unternehmens- und Betriebsgröße steigt, die Belastung pro Kopf der Beschäftigten (oder im Verhältnis zum Umsatz) aber abnimmt. Der Anteil der Statistik an der gesamten Bürokratiebelastung variiert stark, was wegen der sehr unterschiedlichen Abgrenzung nicht überrascht. Von Bedeutung ist auch, ob der Anteil der auf die Statistik entfallenden Belastung anhand des zeitlichen Aufwandes oder anhand des kostenmäßigen Aufwandes berechnet wird. Der Statistikanteil am Zeitaufwand ist höher als derjenige am Kostenaufwand, weil für die Bearbeitung von statistischen Anfragen typischerweise eigenes Personal eingesetzt wird; dieses ist kostengünstiger als die Beauftragung externer Stellen, wie es im Steuer- und Abgabewesen häufiger der Fall ist. Trotz aller methodischen Unterschiede liegt der Anteil der Statistik an der Bürokratiebelastung grundsätzlich in allen Studien unter 12%. Dieses Ergebnis, das keinen Unterschied zwischen amtlichen und nicht amtlichen Statistiken macht, deckt sich mit den in der DIW-Belastungsuntersuchung gemachten quantitativen Aussagen über den Meldeaufwand für statistische Erhebungen.

5 Zusammenfassung und Folgerungen

5.1 Betroffenheit durch die amtliche Statistik und Zeitaufwand der meldepflichtigen Unternehmen dafür gering

Die Auswertung des Unternehmensregisters der statistischen Ämter hat gezeigt, dass nur ein kleiner Teil der Unternehmen in Deutschland zu Meldungen an die amtliche Statistik verpflichtet ist. Knapp 85% aller Unternehmen waren im Jahr 2004 von keiner Erhebung der statistischen Ämter betroffen. Für die Beurteilung des mit den Meldepflichten verbundenen Aufwandes ist allerdings nicht die Zahl der betroffenen Unternehmen entscheidend, sondern der Zeitaufwand zur Bearbeitung der Meldungen und die daraus resultierenden Kosten.

Die Hochrechnung auf der Grundlage der Zeitangaben für 74 Statistiken von fast 75 000 Unternehmen in der amtlichen Belastungserhebung hat ergeben, dass die knapp 530 000 meldepflichtigen Unternehmen im Jahr 2004 für die Meldungen zur amtlichen Statistik rund 6,7 Mill. Arbeitsstunden aufbringen mussten. Damit ist der Aufwand je Unternehmen mit jährlich 12,7 Stunden gering, seine Verteilung nach Größenklassen der Unternehmen und nach Wirtschaftsbereichen differiert aber stark. So errechnet sich für die Kleinstunternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, die mit fast 42% aller berichtspflichtigen Unternehmen die größte Gruppe darstellen, ein durchschnittlicher jährlicher Meldeaufwand von 6,1 Stunden, während auf die Großunternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten bzw. mit 500 und mehr Beschäftigten eine durchschnittliche Bearbeitungszeit von 75,7 bzw. 122,3 Stunden für die Erhebungen der statistischen Ämter entfällt.

Statistik-Belastungsquotienten gering

Die Ergebnisse bestätigen, dass das Argumentieren mit Durchschnitt über die zeitliche Belastung durch amtliche Statistiken nur bedingt sinnvoll ist. Setzt man den gesamten Meldeaufwand in Höhe von 6,7 Mill. Stunden zu den von den 34,6 Mill. beschäftigten Arbeitnehmern geleisteten 47,1 Mrd. Stunden in Beziehung, erhält man einen so genannten Statistik-Belastungsquotienten von 0,014%. Nimmt man als Bezugsgröße für den Belastungskoeffizienten das Arbeitsvolumen der in den meldepflichtigen Unternehmen mit Verwaltungstätigkeiten befassten abhängig Beschäftigten und Selbstständigen, kommt man auf einen Statistikanteil am Zeitaufwand für Verwaltung von 0,15%. Diese Ergebnisse stehen im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung, dass die Meldepflichten zur amtlichen Statistik die Wirtschaft stark belasten.

5.2 Kostenbelastung der Unternehmen durch amtliche Statistik bei 230 Mill. Euro

Viele der vorliegenden Untersuchungen basieren auf Ergebnissen von Befragungen, bei denen die Unternehmen und Betriebe nach ihrer Einschätzung über den durch Informationspflichten verursachten Zeitaufwand gefragt wurden. Dies trifft nicht nur für den Zeitaufwand zu, sondern gilt auch für die mit dem Meldeaufwand verbundenen Kosten. Diese sind für den Bereich der Statistik vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn für das Jahr 2003 mit 4,31 Mrd. Euro angegeben worden. In der jüngsten IfM-Studie aus dem Jahr 2005 wurden – ausgehend von vor Ort mit der Stoppuhr gemessenen Zeitaufwendungen – die Kosten für die Verdiensterhebungen auf 1,9 Mill. Euro und die Kosten für die Intrahandelstatistik auf 39,2 Mill. Euro geschätzt.

Zu davon abweichenden Ergebnissen gelangt man, wenn man den im Rahmen der DIW-Belastungsuntersuchung ermittelten Zeitaufwand von 6,7 Mill. Stunden in Euro ausdrückt. Für diese Schätzung des Kostenaufwandes wurde der für zehn Wirtschaftsbereiche ermittelte Meldeaufwand herangezogen und mit den Stundensätzen aus der Arbeitskostenerhebung bzw. mit den Lohnkosten je Arbeitnehmer-

stunde aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen multipliziert. Zuvor wurden die sektoralen Arbeitskosten je Stunde um einen Gemeinkostenzuschlag von 33% erhöht. Die Berechnung ergibt einen Betrag von 230 Mill. Euro, der von den Unternehmen für die von den statistischen Ämtern im Jahr 2004 durchgeführten Erhebungen aufgewendet werden musste. Dem Leser bleibt es überlassen, einen höheren als den hier verwendeten durchschnittlichen Arbeitskostensatz von 34,33 Euro zugrunde zu legen, wenn er andere Vorstellungen über die Lohnkosten je Arbeitsstunde für statistische Belange hat.

5.3 Folgerungen

Zur Einordnung der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung wurden ausgewählte Teilnehmer dieser Erhebung um Angaben zu ihrem Zeitaufwand für die Bearbeitung nicht amtlicher Statistiken sowie anderer Berichtspflichten gebeten, die im Zuge ihrer Unternehmenstätigkeiten anfallen. Dabei hat sich zweierlei gezeigt: Bei den statistischen Meldungen im engeren Sinn dominiert der Aufwand für die Datenanforderungen der amtlichen Statistik. Ein deutlich anderes Bild ergibt sich, wenn man andere Melde- und Aufzeichnungspflichten einbezieht. Der Aufwand für die amtliche Statistik liegt dann in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung bei deutlich unter 10% des gesamten Meldeaufwandes. Daraus folgt: Nicht an der amtlichen Statistik sparen, sondern mit der amtlichen Statistik sparen.

Die Befunde der ergänzenden DIW-Unternehmensbefragung und der Interviews unterstreichen das Ergebnis der Analyse der amtliche Belastungserhebung: Die amtliche Statistik ist in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung nicht der große Belastungsfaktor, als der sie in der öffentlichen Diskussion oft dargestellt wird. Ein schneller, breit spürbarer Erfolg im Kampf gegen „Bürokratielasten“ wäre also auch mit einer drastischen Reduzierung der statistischen Meldepflichten nicht zu erzielen.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass ein kleiner Teil der Unternehmen umfangreiche Statistikmeldungen mit hohem Zeitaufwand regelmäßig zu erbringen hat; darunter befinden sich auch und besonders viele Klein- und Kleinunternehmen. Anders als größere Unternehmen können sie nicht oder nur in geringem Umfang Vorteile der Kostendegression nutzen. Für diese Unternehmen ist es keine Entlastung, wenn sie sehen, dass die Mehrzahl der anderen Unternehmen diesen Meldepflichten nicht ausgesetzt ist, im Gegenteil.

Die Analysen der Ergebnisse der amtlichen Belastungserhebung haben außerdem gezeigt – und bei den Interviews hat sich das bestätigt –, dass nicht die einzelne statistische Erhebung, sondern die Häufung der Meldepflichten zum Problem wird. Eine gleichmäßigere Verteilung der Berichtspflichten, nach Meinung der Unternehmen zum Beispiel durch stärkeren Einsatz des Rotationsprinzips, scheint aus dieser Perspektive eine Notwendigkeit zu sein. Die Erleichterung, u. a. durch noch intensivere Online-Datenerhebung oder durch den Wechsel vom System der Primärstatistiken zu einem registergestützten Statistiksistem, und eine ausgewogenere Verteilung der statistischen Meldepflichten

ist bei den vorliegenden Ergebnissen zwar keine Frage der gesamtwirtschaftlichen Reduzierung von Bürokratie, wohl aber eine der Einzelfallgerechtigkeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Tests mit dem Verwaltungsdatenverwendungsgesetz und die Einführung der Wirtschafts-Identifikationsnummer sowie die Auswirkungen der „Reform der Unternehmensstatistik“ bei den von der amtlichen Statistik stark betroffenen Unternehmen weitere Entlastungsmöglichkeiten eröffnen. [u](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Zeitschrift für Tarifrecht – ZTR

Tarif, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Breier, A. P. Cecior, Prof. Dr. W. Däubler u. a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 184,00 Euro (zzgl. 20,00 Euro Versandkosten Inland/30,00 Euro Ausland), Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München.

Hauptinhalt der Hefte 10/06 bis 12/06: Leistungsorientierte Bezahlung – ein Erfolgsmodell aus der Praxis / Die Tarif- und Arbeitskämpfungsfähigkeit des verbandsangehörigen Arbeitgebers / „Alles rennet, rettet, flüchtet“ – Überlegungen zur OT-Verbandsmitgliedschaft / Neuer Tarifvertrag der Bundesagentur für Arbeit (BA) mit vielen zusätzlichen Flexibilitätsaspekten / Dienstvereinbarungen zur Einführung von Leistungsentgelten im Bereich des Bundes / Ausgewählte Probleme der Sozialauswahl / Ausgewählte Fragen bei der Anwendung des TVöD in der Praxis / Die Anfechtbarkeit von Arbeitsverträgen bei verschwiegener Schwerbehinderung. 6133-58

80 Jahre Konjunkturforschung am DIW Berlin

Herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Heft 2/2006 der Reihe „Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung“, 96 Seiten, kartoniert, 62,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2006.

Das jüngste Gutachten der 6 führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober 2006 wurde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Im Dezember wurden die Präsidenten der Forschungsinstitute von der Bundesregierung nach Berlin einbestellt. Der Grund: Die Regierung ist mit der Qualität der Gutachten nicht zufrieden und will die Gemeinschaftsdiagnose reformieren. Als sie 1950 erstmals durchgeführt wurde, bestand ihre vordringlichste Aufgabe darin, die damals lückenhafte Statistik um schwer verfügbare Daten zu ergänzen und so ein konsistentes Bild von der Konjunktur zu zeichnen. Für die Diskussion über die Methoden und die Qualität von Konjunkturprognosen sowie über Szenarien für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Europa und der Welt liefern die Beiträge des Bandes „80 Jahre Konjunkturforschung am DIW Berlin“ einen Überblick. Der Band wurde anlässlich einer internationalen Konferenz zum 80-jährigen Bestehen des DIW aufgelegt, die am 8./9. Dezember 2005 vom DIW durchgeführt wurde. Eine Auswahl der dort gehaltenen Beiträge wurde im vorliegenden Band gesammelt. Sie beschäftigen sich mit der Thematik von Prognosen aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Der einführende Aufsatz von A. Steinherr gibt einen Überblick über 80 Jahre Konjunkturforschung am DIW. B. Antholz liefert einen Abriss über die Geschichte der quantitativen Konjunkturprognose-Evaluation in Deutschland. Szenarien für mittelfristige Entwicklungen werden von P. Artus und D. Gros beschrieben. Artus' Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Auswirkungen eines gesteigerten Wettbewerbs mit Schwellenländern, während Gros die Herausforderungen untersucht, die sich aus der Erweiterung der EU in der kommenden Dekade ergeben. Der Frage „Wissenschaftlich fundierte Prognosen oder Blick in den Kaffeesatz?“ stellt sich der Aufsatz von U. Fritsche und J. Döpke. Sie zeigen, dass Prognosen zwar erhebliche Fehlermargen aufweisen, im Großen und Ganzen aber keine systematischen Prognosefehler erkennbar sind. 7203

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM NOVEMBER 2006
(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen
● = auf CD-ROM lieferbar
Online = im Internet unter www.statistik-hessen.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Die Tätigkeit der Sozialgerichte in Hessen im Jahr 2005; (B VI 5 - j/05); (SGB)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,90 Euro
Schweine-, Rindvieh- und Schafbestand in Hessen im Mai 2006; (C III 1 - 2 - 2j/06)	3,40 Euro
Online (Excel-Format)	Kostenfrei
Schlachtungen in Hessen im 3. Vierteljahr 2006; (C III 2 - vj 3/06)	3,90 Euro
Weinbestände in Hessen im Jahr 2006; (C IV 5 - j/06)	3,40 Euro
Agrarstrukturerhebung; Landwirtschaftliche Betriebe mit ökologischem Landbau; (C IV 9 - 2j/05 - 5); (K)	4,90 Euro
Online (Excel-Format)	3,20 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2006; (E I 1 - m 8/06); (K)	4,90 Euro
Online (Excel-Format)	3,20 Euro
Energieversorgung in Hessen im Mai 2006; (E IV 1, E IV 2 mit E IV 3 - m 5/06)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im September 2006; (E I 3 - m 9/06)	4,90 Euro
Online (Excel-Format)	3,20 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im August 2006; (F II 1 - m 8/06); (K)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 2005; (F II 3 - j/05); (K)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Mai 2006 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 5/06)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen im Juni 2006 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 6/06)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Mai 2006 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 5/06)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen im Juni 2006 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 6/06)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im August 2006; (G IV 1 - m 8/06); (G)	4,90 Euro
Die Binnenschifffahrt in Hessen im August 2006; (H II 1 - m 8/06); (Häfen)	3,90 Euro
Online (Excel-Format)	2,40 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Oktober 2006; (M I 2 - m 10/06)	5,90 Euro
Online (Excel-Format)	4,00 Euro
Abfallentsorgung in Hessen 2004; (Q II 10 - j/04); (K)	5,90 Euro
Online (Excel-Format)	4,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden